

Aus dem Inhalt

- 2** SELK auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag
- 6** SELK: Pfingstcamp und Musiziertage
- 7** Schweden: Missionsprovinz führt neuen Bischof ein
- 10** Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt eingeführt
- 13** Größte Freikirche: Weniger Mitglieder und Taufen
- 14** Taizé-Bruderschaft legt Missbrauchsfälle offen
- 21** US-Bischof: Keine Kommunion für Abtreibungs-Befürworter
- 22** Bekennende Gemeinschaften kritisieren gleichgeschlechtliche „Ehe“
- 25** Kippa-Tragen: Warnung stößt auf Kritik
- 32** Pflegevollversicherung mit Eigenbeteiligung

SELK: Daniel Schmidt wird neuer Propst Wahlversammlung Nord tagte in Celle

Celle, 23.6.2019 [selk]

Auf der Wahlversammlung der Kirchenregion Nord der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) am 23. Juni in Celle wurde Pfarrer Dr. Daniel Schmidt (Groß Oesingen) im ersten Wahlgang zum neuen Propst gewählt. Neben ihm hatte als weiterer Kandidat Pfarrer Robert Mogwitz (Uelzen) zur Wahl gestanden. Die Wahl war nötig geworden, da der bisher amtierende Propst der Kirchenregion Nord, Pfarrer Johannes Rehr (Sottrum), entschieden hatte, im Vorfeld seiner 2021 anstehenden Beruhesetzung das Leitungsamt abzugeben.

Daniel Schmidt wurde 1964 in Braunschweig geboren und wirkte nach seinem Studium und seiner Ausbildung in der SELK langjährig im Dienst der Lutherischen Kirchmission der SELK in Botswana, ehe er nach Deutschland zurückkehrte. Der promovierte Theologe ist seit 2013 als Pfarrer der Immanuelsgemeinde Groß Oesingen (Kreis Gifhorn) sowie nebenamtlich als Koordinator des Theologischen Fernkurses der SELK tätig.

Schmidt ist verheiratet mit Christiane, geborene Auel. Das Ehepaar hat drei Kinder.

Die Amtszeit des neuen Propstes, der in dieser Funktion zugleich Mitglied der Kirchenleitung der SELK ist, wurde auf sieben Jahre befristet. Der Termin für die Einführung steht noch nicht fest.

Die Wahlversammlung fand in den Räumen der landeskirchlichen Kirchengemeinde Celle-Neustadt (Neustädter Kirche) und in der Gastgeberschaft der örtlichen Christusgemeinde der SELK statt und wurde von Superintendent Bernd Reitmayer (Bad Essen-Rabber) geleitet. Eine Eröffnungs- und eine Schlussandacht gaben dem Treffen den geistlichen Rahmen.

Die Kirchenregion Nord der SELK besteht aus den Kirchenbezirken Niedersachsen-Ost und Niedersachsen-Süd. Zur Wahlversammlung waren 86 stimmberechtigte Synodale nach Celle angereist.

Michael Otto als Superintendent nominiert SELK: Nominierungskonvent in Wuppertal

Wuppertal, 6.6.2019 [selk]

Der Bezirkspfarrkonvent Rheinland-Westfalen der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) traf

sich am 6. Juni zu einem kurzfristig einberufenen Pfarrkonvent in Wuppertal, um über die zukünftige Be-

setzung übergemeindlicher Ämter zu beraten. Die Nominierungsversammlung zur Nominierung eines Propstes in der Kirchenregion West konnte im Mai keine Kandidaten mit der erforderlichen Mehrheit nominieren, sodass das Amt eines Propstes in der Kirchenregion West vorläufig vakant bleibt. Superintendent Burkhard Kurz (Dortmund), der die Vertretung des vakanten Propstamtes in der Übergangswahlregion West wahrnimmt und in der Kirchenregion West wahrnehmen wird, ist zum 1. Oktober zurückgetreten.

Der Pfarrkonvent Rheinland-Westfalen schlägt der Bezirkssynode für die Wahl zum Superintendenten im Kirchenbezirk Pfarrer Michael Otto (Bochum) vor. Der 50-jäh-

rige hatte seine erste Pfarrstelle in Guben und ist seit 2012 Pfarrer der Epiphanius-Gemeinde Bochum. Die Kirche der Epiphanius-Gemeinde ist zugleich die Autobahnkirche Ruhr an der A 40. Otto ist verheiratet und Vater von sechs Kindern.

Der Konvent bittet den Bezirksbeirat, eine außerordentliche Kirchenbezirkssynode zur Wahl eines Superintendenten am 28. September einzuberufen. Außerdem hat der Konvent den amtierenden Superintendenten und stellvertretenden Propst Kurz gebeten, die notwendigen Gespräche mit dem Kirchenbezirk Niedersachsen-West aufzunehmen, um die Wahl eines Propstes in der Kirchenregion West vorzubereiten.

Markt und Jugend, Buch und Musik, Ökumene und Frühstück SELK am Deutschen Evangelischen Kirchentag beteiligt

Dortmund, 25.6.2019 [selk]

Rund 121.000 Besucherinnen und Besucher nahmen nach Angaben der Verantwortlichen am 37. Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) vom 19. bis zum 23. Juni in Dortmund teil. Die rund 2.000 Veranstaltungen verteilten sich auf 200 Bühnen und Orte im gesamten Stadtgebiet. In 40 Kirchen und Gemeindehäusern gab es Veranstaltungen. Der DEKT stand unter der biblischen Losung „Was für ein Vertrauen“ (2. Königebuch, Kapitel 18, Vers 19).

Die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche (SELK) beteiligte sich an diesem Großereignis auf verschiedene Weise. So gab es im Ausstellungsbereich „Markt der Möglichkeiten“ einen gemeinsamen Stand der SELK und ihrer Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel geben. In verschiedenen Standbesetzungen standen dort Ansprechpartner zur Verfügung. „Es ist uns gemeinsam gelungen, unserer Kirche und Hochschule ein freundliches Gesicht zu verleihen in diesen Tagen“, resümierte Pastoralreferentin und Diakoniedirektorin Barbara Hauschild (Dortmund) von der DEKT-Vorbereitungsgruppe der SELK. Das Jugendwerk war mit einem Stand im „Zentrum Jugend“ des DEKT präsent (eigener Bericht in dieser SELK-Info-Ausgabe).

Superintendent Burkhard Kurz, Gemeindepfarrer der örtlichen Trinitatisgemeinde, bot im „Zentrum Sport“ des Kirchentages als Mitglied des christlichen Fanclubs „Totale Offensive BVB 09“ zweimal den Workshop „Christsein leben als Fußballfan“ an.

SELK-Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover) wirkte an zwei Veranstaltungen aktiv mit – und natürlich am Stand der SELK auf dem „Markt der Möglichkeiten“. So vertrat der leitende Geistliche die SELK in der Podiumsdiskussion

„Ökumene in Deutschland hat viele Gesichter: Die altkonfessionellen Kirchen“. Außer ihm nahmen teil: Generalvikar Jürgen Wenge (Katholisches Bistum der Altkatholiken) und Pastor Lothar Heetderks (Evangelisch-altreformierte Kirche); die Moderation hatte Oberkirchenrat Dr. Oliver Schuegraf.

Voigt war auch an einem „Buch-Talk“ mit SELK-Prof. i.R. Dr. Werner Klän und – als Moderator – Pfarrer Reinhard Mawick, dem Chefredakteur von „zeitzeichen“, beteiligt: Sie unterhielten sich in einer vom SELK-Kooperationsverlag Edition Ruprecht aus Anlass des DEKT organisierten Veranstaltung in den Räumen der Dortmunder SELK-Gemeinde über Kläns Buch „Grund-Sätze aus den evangelisch-lutherischen Bekenntnisschriften“.

Die Bläserinnen und Bläser des Posaunenchores der Dortmunder Trinitatisgemeinde waren mehrfach im Einsatz: Neben der Mitwirkung im Eröffnungsgottesdienst spielte der Posaunenchor an den drei Hauptveranstaltungstagen für je eine halbe Stunde an täglichen wechselnden Standorten Dortmund.

Aus dem Bereich der SELK wirkte auch Prof. Stefan Mey, Professor für Musiktheorie an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, mit. Mey gestaltete zwei 75-minütige Workshops, in denen er neue, teils unveröffentlichte Kompositionen für Posaunenchor vorstellte und mit den Teilnehmenden erarbeitete. Außerdem wurden in zwei Konzerten Kompositionen von Mey uraufgeführt.

Aus Anlass des DEKT feierte der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Dortmund unter Beteiligung

der Trinitatisgemeinde der SELK einen ökumenischen Gottesdienst. „Wir suchen gemeinsam Wege der Versöhnung, nehmen uns gegenseitig wahr und begegnen einander“, sagte SELK-Superintendent Kurz. Gemeinsam stellten sich die kirchlichen Vertreter unter das Kreuz Christi als die einende Mitte. Mit den Gottesdienstbesuchern wurde anschließend mit Brot und Weintrauben das Agapemahl gefeiert.

Ein besonderes Angebot der Gastfreundschaft hatte sich die Dortmunder SELK-Gemeinde ausgedacht. Sei lud „herzlich alle Selkies und ihre Gäste, die den Kirchentag besuchen“, zu einem Frühstück ein. Das Angebot wurde gut angenommen und bot inmitten des Kirchentages Gelegenheit zu Begegnungen und Gesprächen über Erlebtes und Geplantes.

Mittelvergabe für Projekte in sieben Ländern

SELK: Diasporatag in Bad Schwartau

Bad Schwartau, 17.6.2019 [selk]

Am 15. und 16. Juni fand in der Martin-Luther-Gemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) in Bad Schwartau der diesjährige Diasporatag in der SELK statt. Am Samstag traf sich der Vorstand des Diasporawerks in der SELK e.V. zu seiner zweiten Sitzung im laufenden Jahr. Beraten wurde über die Verteilung der eingegangenen Kollekten und Spenden. Besprochen wurden außerdem die Ergänzung des Vorstands und Fragen der Öffentlichkeitsarbeit.

Am Sonntag feierte die Martin-Luther-Gemeinde Bad Schwartau einen Diasporagottesdienst, in dem der zweite Vorsitzende des Diasporawerks, Pfr. Sergius Schönfeld (Wolfsburg), die Feier leitete und der erste Vorsitzende, Prof. i.R. Dr. Werner Klän D.Litt. (Lübeck), predigte.

Im Anschluss an den Gottesdienst fand die Mitgliederversammlung statt. Sie erteilte dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2018 und beschloss den Haushalt des laufenden Jahres. Bedacht wurden Antragsteller aus der SELK und Gemeinden in Belarus, Lettland, Liberia, den Philippinen, Polen und Portugal. Außerdem wählte die Mitgliederversammlung Pfarrer Daniel Krause (Klitten) als Beisitzer in den Vorstand.

Die nächste Vorstandssitzung ist für den 15. Februar 2020 geplant. Anträge auf Zuschüsse müssen bis zum 31. Januar 2020 beim Geschäftsführer des Diasporawerks, Markus Mücke (Iserlohn), eingereicht sein.

SELK.Info | Erinnerung

Die Reihe „Erinnerung“ gedenkt in diesem Jahr verschiedener Frauen, die in der Geschichte der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) und ihrer Vorgängerkirchen eine wichtige Rolle gespielt haben.

Adelheid Hahn

Diakonisse Adelheid Hahn sagte einmal „Ich habe den Diakonissenspruch Wilhelm Löhes gesprochen. Darin heißt es: ‚Was will ich? Dienen will ich. ... Ich diene weder um Lohn noch um Dank, sondern aus Dank und Liebe; mein Lohn ist, dass ich darf!‘ Ich habe dieses christliche Dienstverständnis mit meinen Möglichkeiten für andere in der Nachfolge Jesu gelebt“.

Das waren die nüchternen Worte einer lutherischen Diakonisse vom Jahrgang 1928, einer im brandenburgischen

Krependorf (heute Teil der Gemeinde Marienfließ im Landkreis Prignitz) geborenen Preußin. Lehrerin wollte die junge Frau einst werden und hatte in den Jahren 1942-1944 bereits mit der Ausbildung begonnen, aber die Nachkriegszeit in ihrer Heimat unter dem roten brandenburgischen Adler ließen diesen Plan bald zunichtewerden. In einem, wie sie mir 1993 einmal gesagt hat, „ganz normalen Gottesdienst“ hörte sie von den Personalnöten der größten diakonischen Einrichtung der damaligen Ev.-Luth. (altluth.) Kirche, dem Naemi-Wilke-Stift in Guben.

Mancher wird sich erinnern, dass im beliebten Lutherischen Volkskalender in frühen Jahren oft von diesen Nöten zu lesen war, weshalb man auf diesem Wege versucht hatte, junge Frauen für den diakonischen Dienst in Guben zu gewinnen. Der „ganz normale“ Gottesdienst war der Ort, an dem sich Adelheid Hahn von Gott gerufen wusste. Das ist ein Beispiel dafür, dass auch „ganz normale Gottesdienste“ mit Gesangbuchliedern charismatische sein können. – 1948 begann sie ihren Dienst in Guben, 1954 wurde sie als Diakonisse eingeseget und ihr Einsegnungspruch aus Psalm 73, 28 „Aber das ist meine Freude, dass ich mich zu Gott halte / und meine Zuversicht setze auf Gott, den HERRN, dass ich verkündige all dein Tun.“ blieb für sie in all den Jahrzehnten ihres Dienstes von bleibender Bedeutung. Weil die Wurzeln allen diakonischen Handelns der Kirche im heiligen Altarsakrament zu suchen sind, darum gehörte die Verkündigung des Todes Jesu und das Preisen seiner Auferstehung bis dass er kommt in Herrlichkeit genauso zu ihrer Arbeit wie der Dienst an den Kranken und Schwachen, die das auch als authentisch bei ihr wahrgenommen haben. Ihr Lachen war kein „kirchliches Dienstlächeln“, es kam von Herzen. Am Sonntag Kantate 1967 wurde sie von Kirchenrat Schröter vom Berliner Oberkirchen-Collegium ihrer Kirche als eine von der Schwesternschaft gewählten Oberin eingeseget. Als Oberin oblag Adelheid Hahn über viele Jahre die Pflegedienstleitung ihres Krankenhauses, In den Fächern Diakoniegeschichte und Berufsethik unterrichtete sie die Schülerinnen, die Krankenschwestern werden wollten. Später hatte sie diese Arbeit in andere Hände gelegt, da Leitungstätigkeit im Stiftungsvorstand, geistlich-seelsorgerliche Aufgaben, die Leitung und Betreuung der Schwesternschaft sowie die Kontaktpflege zum Spender- und Freundeskreis sie voll in Anspruch genommen haben. Im Juni 2004 feierte Schwester Adelheid Hahn gemeinsam mit anderen ihr 50jähriges Einsegnungsjubiläum. Der damalige Bischof Dr. Diethard Roth hielt bei dieser Gelegenheit die Andacht und freuen konnte sich die Jubilarin über die Anwesenheit ihres einstigen Gemeindepfarrers Gottfried Rost (1926-2005). Auf das Amt als Oberin hatte sie sich gründlich vorbereitet. Sie war Hospitantin in verschiedenen Diakonissenhäusern und hat an Weiterbildungsmaßnahmen für leitendes Personal in diakonischen Einrichtungen teilgenommen. Letzteres in Lobetal, heute wieder Teil der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel (Bielefeld). Schwester Adelheid hat immer gewusst, dass die Berge von Arbeit nur bewältigt werden können, wenn sich die Mitarbeitenden als „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ verstehen, in die sich jeder und jede mit den jeweiligen Gaben einbringt. Dass dazu ganz im Sinne von Bonhoeffers „Gemeinsamen Leben“ auch die Bereitschaft zur Bitte um Vergebung gehört, stand für sie immer außer Frage. Das Wort „Kirche für andere“ war für sie eins, das sie mit Leben erfüllt hat.

Adelheid Hahn war lutherische Diakonisse Kaiserswerther Prägung und sie hielt Kontakte zu zahlreichen diakonischen und caritativen Einrichtungen anderer Kir-

chen. Sie wusste, dass die Kirche Jesu Christi größer ist als unsere Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche, aber sie wusste auch, was ihre kleine Kirche in die Ökumene einbringen und sie damit bereichern kann. Vor der deutschen Wiedervereinigung konnte niemand ahnen, dass das staatliche Gubener Kreiskrankenhaus dem Stift eingegliedert werden würde. Genauso kam es aber. Da war und ist Leitungstätigkeit mit viel Fingerspitzengefühl nötig. Frau Oberin hatte dieses Gespür, der Rektor auch, es war eine gute Konstellation, denn so ist den ehemals staatlichen Bediensteten des Kreiskrankenhauses einmal kein „Westimport“ vor die Nase gesetzt worden, was für alle Seiten gut war. Die deutsch-polnische Freundschaft, das sei nicht vergessen, lag der Oberin am Herzen und sie hat diese Freundschaft gelebt.

1997 trat Schwester Adelheid in den Ruhestand, in dem sie weiterhin Oberin und damit Interessenvertreterin „ihrer“ Schwestern geblieben war. Die Mitwirkung bei den Andachten im Krankenhaus hat sie im Ruhestand ebenso wenig aufgegeben wie die Organisation der Andachten für die Patienten auf den einzelnen Stationen. Sie war von vielen Aufgaben entbunden worden, aber sie blieb dennoch im Dienst, sowie der Pfarrer und der Kaiser nie ganz in den Ruhestand gehen, wie mir vor vielen Jahren eine alte Ostpreußin ans Herz gelegt hat.

Gemeinsam mit der Diakonisse Elisabeth Pfeiffer unterzeichnete Adelheid Hahn am 18. März 2008 das Diakonissenvermächtnis, dass dem Stiftungsvorstand bis heute Richtschnur seines Handelns geblieben ist. Sechs Jahre nach ihrer letzten Mitschwester hat der Herr von Kirche und Diakonie auch Oberin Adelheid Hahn am 25. Februar 2017 von der Zeit in die Ewigkeit abgerufen. Am 4. März gleichen Jahres fand in ihrer Gubener „Kirche Des guten Hirten“ die Trauerfeier statt, anschließend die Beisetzung auf dem dortigen Waldfriedhof, wo sie der Auferstehung der Leiber harret. Dass auf diesem Friedhof ein Gedenkstein für die Gubener Diakonissen in Zusammenarbeit mit den städtischen Behörden 1997 errichtet werden konnte, war auch mit ihr Verdienst.

Im veröffentlichten Nachruf ihres Hauses steht am Ende dieses: „Wir verlieren mit Sr. Adelheid eine besondere Persönlichkeit. Sie hat die Stiftsgeschichte nachhaltig geprägt und zunächst mit der Schwesternschaft und später als letzte Diakonisse geistlich begleitet. Für die Stiftung und die SELK ist mit ihrem Tod eine Ära zu Ende gegangen. Das Gubener Diakonissenmutterhaus war das einzige Mutterhaus Kaiserswerther Prägung in dieser Kirche. Uns allen bleibt der Dank für ihre segensreiche Tätigkeit im Naëmi-Wilke-Stift und für die Stadt und die ganze Region.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Autor der Reihe „Erinnerung“: Pfarrer i.R. Hartmut Bartmuß, Tribünenweg 2, 33649 Bielefeld.

Jugendwerks-Informationen

Friede, Freude, Eierkuchen Vorbereitungen für das Jugendfestival der SELK

Northeim, 25.6.2019 [selk]

Endlich ist ein Ort gefunden. Wieder einmal wird das Jugendfestival (JuFe) der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) im südniedersächsischen Northeim stattfinden. Die sehr kooperative Schulleitung des Corvinianum ist noch einmal bereit, das JuFe vom 3. bis zum 6. Oktober zu beherbergen. Da die Bereitschaft zur Aufnahme eines solchen Festivals mit Übernachtung in Klassenräumen immer mehr zurückgeht, ist die unkomplizierte Zusammenarbeit mit dem Corvinianum umso schöner.

Das Thema des JuFe lautet: „Friede, Freude, Eierkuchen“. Im Werbe-Flyer wird es folgendermaßen erläutert: „Die sprichwörtliche Redensart beschreibt den Zustand, wenn es an der Oberfläche friedlich zugeht, unter der Oberfläche aber gewaltig brodelt. Probleme werden aber nicht benannt und gelöst, sondern eher kleingehalten oder verdrängt. Und genauso erleben viele junge Menschen gerade unsere Gegenwart.“

Mit der Jahreslosung 2019 aus Psalm 34,15 werden wir ermutigt: „Suche Frieden und jage ihm nach“. Frieden ist also nicht selbstverständlich. Ich muss ihn suchen, ihm sogar nachjagen. Sich um Frieden zu bemühen ist etwas sehr Aktives. Das fällt mir also nicht einfach so in den Schoß. Das Ringen um passende Lösungen gehört dazu.

Im Epheserbrief schreibt der Apostel, dass Jesus Christus der Friede ist, der Zäune der Feindschaft überwindet. (Epheserbrief 2,14). Unsere Friedensbemühungen stehen auf dem Fundament des Friedens, den Jesus durch Tod

und Auferstehung geschaffen hat. Weil ich mit Gott versöhnt bin, kann ich den Frieden Gottes weitergeben.

In diesen Wochen gehen viele Schüler auf die Straße und demonstrieren. Viele zum ersten Mal in ihrem Leben. Weil der Zustand der Schöpfung beziehungsweise der Zerstörung der Schöpfung ihnen Angst macht. Ist unsere westliche Lebensweise, die wir alle so genießen, friedvoll mit der Schöpfung in Einklang zu bringen?

Der politische Friede ist in unserem Land seit über 70 Jahren stabil. Gott sei Dank. Selbstverständlich ist er nicht. Seit einigen Jahren werden Stimmen des Nationalismus und der Ausgrenzung, des Rassismus und des Hasses wieder laut. Wie kann dem friedlich, aber bestimmt begegnet werden?

Beim JuFe werden wir zusammen Gemeinschaft erleben, den lebendigen Gott feiern, den Glauben ausprobieren, Fragen stellen und nach Antworten suchen, Einstellungen überprüfen und bearbeiten, Zweifel aushalten und uns unseren Glauben stärken lassen.“

Flyer und Plakate zur Werbung werden allen Gemeinden der SELK und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Baden (ELKiB) zugeschickt. Die ersten Anmeldungen sind bereits beim Kirchentag in Dortmund abgegeben worden. Alle nötigen Informationen sind unter www.jufe.org zu finden.

„Was für ein Vertrauen“ Jugendwerk der SELK beim Kirchentag

Dortmund, 24.6.2019 [selk]

Sommer, Sonne, Swimmingpool – einladend war der Stand des Jugendwerkes der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) im Zentrum Jugend beim 37. Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT | www.kirchentag.de) in Dortmund. Inmitten der knallvollen Tagen luden Gartenstühle und ein Bällchenbad zum Ausruhen und Austausch ein. In netter Atmosphäre ergaben sich viele Gespräche mit allen möglichen Besuchern des DEKT.

Interessierte konnten sich am Messestand des Jugendwerkes über Großveranstaltungen, Freizeitangebote, das Lutherische Jugendgästehaus oder das Freiwillige Soziale Jahr informieren. Viele Jugendliche nutzten die ausliegenden Großspielzeuge, wie Stelzen, Waveboard oder das neue Leitergolf.

Neben diesen allgemeinen Spielen und Informationen

hatte sich das Vorbereitungsteam unter der Leitung von Henning Scharff, Hauptjugendpastor der SELK, auch noch zwei Aktionen zum Kirchentagsthema „Was für ein Vertrauen“ ausgedacht: Auf einem weißen Bettlaken entstand an jedem Tag ein neues Vertrauensbild, bei dem die Besucherinnen und Besucher jeweils ein Planquadrat zum Thema ausmalen durften. Und in der gegenüberliegenden Ecke des Standes hing ein Taschenvorhang, der mit Symbolen zum Thema Vertrauen gefüllt war. Da gab es Kreuze, kleine Kettenanhänger, Taschentücher, Steine, eine Senfkornbibel, Smileys, Karabinerhaken und vieles mehr. Dies war als Tauschbörse gedacht. Wer etwas dabei hatte, das sich als Symbol eignete, konnte sich etwas nehmen und sein Teil geben. Hier ergaben sich viele Gespräche.

Wer bei diesen Aktionen mitgemacht hatte, bekam eine Visitenkarte geschenkt. Für die eine Seite hatte Daniel Leube (Düsseldorf) folgenden Text konzipiert: „Wenn du suchst, dann findest du. Wenn du anklopfst, wird dir aufgemacht. Wenn du teilst, kommt was zurück. Wenn du vergibst, wird dir vergeben. Wenn du nicht zurückschlägst, wird dir friedlich begegnet. – Probier’s aus – und vielleicht sagst du dann: Was für ein Vertrauen!“ Auf der anderen Seite war auf den ersten Blick nichts zu sehen. Wer die

Karte allerdings etwas kippte, fand den Schriftzug: „Gott verspricht: Ich begleite dich.“ Es war immer wieder schön zu beobachten, wie sich die Gesichtszüge erhellten, wenn die Leute den Schriftzug beim Weggehen entdeckten.

Wer wollte, konnte auch noch bei einem Gewinnspiel mitmachen: freizeitfieber, das Reizenetzwerk für Kinder- und Jugendreisen im Jugendwerk der SELK, verlost drei 30,- Euro-Gutscheine unter denen, die die Fragen des Gewinnspiels zu der diesjährigen Freizeitsaison richtig beantwortet hatten. Die Gewinner wurden bereits informiert.

Das inzwischen seit vier Kirchentagen bewährte und stets verfeinerte Standkonzept verbreitet eine schöne Atmosphäre. Die 20 engagierten Mitarbeitenden am Stand trugen ebenfalls sehr zu dieser Atmosphäre und einer damit verbundenen positiven Werbung für die eigene Kirche bei. Die Mitarbeitenden hatten jeweils zwei halbe Tage Standdienst und konnten ansonsten die vielfältigen Angebote des Kirchentages in vollen Zügen genießen. Ihr Nachtquartier konnten die Standbetreuenden in den Räumen der Wittener Kreuzgemeinde beziehen. Dort sind sie sehr freundlich aufgenommen und bewirtet worden.

Jugendtreffen zu Pfingsten SELK: Pfingstcamp und Musiziertage

Greifswald, Radevormwald, 17.6.2019 [selk]

An der Ostsee und im Bergischen Land finden zu Pfingsten zwei absolute Dauerbrenner im Programm des Jugendwerkes der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) statt. Der Wunsch, das Pfingstwochenende gemeinsam, besonders und geistlich zu gestalten, scheint viele Jugendliche in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zu bewegen.

Pfingstcamp in Greifswald

Das diesjährige Pfingstcamp des Kirchenbezirks Berlin-Brandenburg der SELK war in mehrfacher Hinsicht etwas Besonderes. Vor 30 Jahren fand es das erste Mal im Garten der Gemeinde in Greifswald statt, damals noch als Treffen von Jugendlichen aus der DDR, hauptsächlich aus Berlin und der Region um Greifswald. Da später in diesem Jahr die Berliner Mauer fiel, war schon das zweite Pfingstcamp ein Jahr später, ein gemeinsames der „Wessis“ und „Ossis“. Es war allerdings, so der in diesem Jahr anwesende Gründungsvater Pastor i.R. Albrecht Adam (Berlin), auch ein wenig aus der Not geboren. Denn die sehr unterschiedlich tickenden Jugendlichen zusammenzuführen, stellte sich als echte Aufgabe dar. So scheiter-

te zum Beispiel ein gemeinsamer Jugendkreis in Berlin zuerst an den doch sehr unterschiedlichen Vorstellungen von dem, was ein Jugendkreis sein sollte. Doch das Pfingstcamp schaffte es, diese Unterschiede bedeutungsärmer zu machen und begann damit seinen „Siegesszug“ im Bezirk Berlin-Brandenburg. Inzwischen ist das Pfingstcamp schon seit vielen Jahren die am besten frequentierte Jugendveranstaltung im Bezirk.

Die über 50 Teilnehmenden genossen weitgehend schönes Frühsommerwetter mit einer Bibelarbeit zu bildhaften Bibelgeschichten (Schöpfung, Arche Noah, Jona, David und Goliath, Speisung der 5000) und deren Bedeutung über die Bilder hinaus für das heutige Leben. Mit viel Chillen im Garten, Kreativ-Workshops, lecker Essen, Sport, der abendlichen Dank-Bar, Ostseestrand und Anbaden, Lagerfeuer, Andachten und Pfingstgottesdiensten war die Zeit gut gefüllt.

Die bewährte Zusammenarbeit des JuMiG mit ihrem Bezirksjugendvertreter Tristan Liebert, Jugendkoordinator Norbert Schulz und auch Kantor Georg Mogwitz, bildete das Gerüst, an dem sich einmal mehr eine segensreiche

und für die meisten Teilnehmenden erfüllte Zeit erleben ließ – raus aus dem Alltag, dem Konkurrenzdruck, der Terminflut, hin zu einer entspannten Entschleunigung.

RaSiMuTa in Radevormwald

In Radevormwald fanden die Rader Sing- und Musizertage (RaSiMuTa) in der Martini-Gemeinde der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) statt. Zum Thema „Imprint“, zu Deutsch „Abdruck oder Prägung“ wurden Gospel und neue geistliche Lieder musiziert. Am Sonntag wurde der Festgottesdienst mitgestaltet und am Pfingstmontag beendete das Abschlusskonzert das gemeinsame Pfingstwochenende.

Auf dem Werbeplakat war ein Rasenstück in Form eines Fußabdruckes zu sehen. Dieser deutliche Hinweis auf den ökologischen Fußabdruck der Menschen wurde in den Tagen reichhaltig ergänzt. All die Spuren, die Menschen in ihrem Leben hinterlassen, wurden thematisiert. Und vor allem ging es auch um die Prägung, die Menschen von Gott erhalten.

Gut 70 Jugendliche dachten, spielten und sangen mit.

Die musikalische Leitung lag wieder in den bewährten Händen von Steffi Buyken und Bene Hölker, einem engagierten Lehrerehepaar aus Köln. In ihrer musikalischen Arbeit mit den jungen Menschen gelingt ihnen eine stetige Weiterentwicklung auf der Höhe der Zeit. Bezirksjugendpastor Hinrich Schorling (Witten) sorgte gemeinsam mit dem Radevormwalder Ortspfarrer Florian Reinecke für die Organisation und die Begleitung der Jugendlichen.

Zusätzlich stand ein über 25-köpfiges Küchen- und Helferteam aus der Martini-Gemeinde bereit, um die insgesamt rund 100 Personen einschließlich der Musizierenden, Betreuenden und Helfenden vier Tage lang zu verköstigen. Die Sing- und Musizertage, die 1990 der damalige Hauptjugendpastor der SELK, Johannes Dress in Homberg/Efze begründete und mit seinem Wechsel in die Martini-Gemeinde dahin überführte, wurden in diesem Jahr zum 29. Mal in Folge durchgeführt.

Aus dem Weltluthertum

Schweden: Missionsprovinz führt neuen Bischof ein **Ådahl: „Jesus Christus im Mittelpunkt“**

Göteborg, 13.6.2019 [ilc-online]

Am 27. April wurde Pfarrer Bengt Ådahl in einem Festgottesdienst in Göteborg als Bischof der Missionsprovinz in Schweden eingeführt. Bischof Ådahl tritt die Nachfolge von Bischof Roland Gustafsson an, der nach neunjähriger Amtszeit in der Missionsprovinz in den Ruhestand getreten ist. Gustafsson nahm zusammen mit den Bischöfen Göran Beijer und Lars Artman, sowie dem ersten Bischof der Missionsprovinz, Arne Olsson, die Einführung vor.

An dem Gottesdienst nahmen auch Bischof Thor Henrik With von der Evangelisch-Lutherischen Diözese in Norwegen, Bischof Risto Soramies von der Evangelisch-Lutherischen Missionsdiözese in Finnland und Bischof Hans Jönsson von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Lettland teil.

„Im wahren Christentum steht Jesus Christus im Mittelpunkt“, erklärte Bischof Ådahl. Es sei verlockend, dem zu folgen, was politisch korrekt oder in der Medienbericht-

erstattung beliebt sei, das aber wäre fatal. „Wir müssen auf Jesus schauen und nach seinem Wort suchen. Wir werden allem treu bleiben und uns an alles halten, was Er uns in seinem Wort gezeigt und deutlich gemacht hat. Genau das erwartet der Herr von uns: Ihm selbst, seinem Wort und den Lehren und Bekenntnissen der Kirche treu zu bleiben.“

Die Missionsprovinz in Schweden wurde 2003 innerhalb der schwedischen Kirche gegründet, um der Schrift treu zu bleiben, während sich die Staatskirche zunehmend säkularisierte. Ihr erster Bischof, Arne Olsson, wurde 2005 eingesetzt. Die schwedische Kirche entließ daraufhin Bischof Olsson. Seitdem befindet sich die Missionsprovinz in Schweden in einem Prozess der kirchlichen Selbstständigwerdung.

Die Missionsprovinz in Schweden ist Mitglied der Gemeinschaft der nordisch-lutherischen Diözesen zusammen mit

der Evangelisch-lutherischen Missionsdiözese Finnland und der Evangelisch-lutherischen Diözese in Norwegen. 2018 wurden die Missionsprovinz und die anderen Mit-

glieder der Gemeinschaft der Nordischen Diözesen Mitglieder des International Lutheran Council (ILC), einer weltweiten Vereinigung lutherischer Bekenntniskirchen.

Mosambik: Gründer der lutherischen Mission verstorben Kirche wächst rasant

Edmonton, 23.5.2019 [ilc-online]

Pfarrer Joseph Khembo Alfazema, der Gründervater der konfessionell-lutherischen Mission in Mosambik und Pastor der Lutherischen Kirche-Kanada (LCC) ist am 11. Mai 2019 in Edmonton, Alberta verstorben. Der Trauergottesdienst wurde am 18. Mai in der Bethlehem Lutheran Church in Edmonton gefeiert.

Pfarrer Alfazema stammte aus Mosambik, floh jedoch mit seiner Frau Perpetua in den 1980er Jahren nach Kanada, um dem Bürgerkrieg zu entkommen. Nach Kriegsende wurden die Alfazemas gebeten, an der Gründung einer Schule, eines Gesundheitszentrums und einer sauberen Wasserversorgung in ihrer Heimat mitzuwirken. Dies führte zur Gründung des Kapesseni-Projekts, das nicht nur den Kämpfern nach dem Bürgerkrieg körperliche Hilfe, sondern auch geistige Fürsorge bot.

Pfarrer Alfazema studierte am Concordia Lutheran Theological Seminary (St. Catharines, Ontario) und wurde nach seinem Abschluss als Missionar der LCC nach Mosambik berufen. Während sich seine Frau Perpetua im Rahmen des Kuwangisana-Projekts um die sozialen Bedürfnisse kümmerte, konzentrierte sich Alfazema auf die Verkündigung des Evangeliums.

Aus gesundheitlichen Gründen kehrte Alfazema nach seiner Pensionierung nach Kanada zurück, aber die begonnene Arbeit wurde fortgesetzt. 2018 wurde die Kirche, die aus seiner Missionsarbeit hervorgegangen war, von

der mosambikanischen Regierung offiziell als Concordia Christian Church in Mosambik (Igreja Cristã da Concórdia em Moçambique - ICCM) anerkannt. Während die Kirche im Jahr 2018 von der Regierung offiziell registriert wurde, war sie zuvor mehrere Jahre lang inoffiziell unter dem Namen Concordia Lutheran Church in Mosambik (Igreja Luterana da Concórdia in Mosambik) tätig gewesen.

Intensiv arbeitete Alfazema mit Pfarrer Dr. Carlos Walter Winterle zusammen. Dr. Winterle ist emeritierter Präses der Evangelisch-Lutherischen Kirche Brasiliens (IELB) und war zu dieser Zeit Mitglied der Freien Evangelisch-Lutherischen Synode in Südafrika (FELSISA). Gemeinsam koordinierten die LCC, die IELB, FELSISA und die Lutherische Kirche-Missouri-Synode unterstützt von der Lutherischen Kirchenmission, dem Missionswerk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (SELK) die Missionsarbeit und die theologische Ausbildung im Land, insbesondere durch ein von der IELB übernommenes Programm zur theologischen Ausbildung in Fernkursen (TEE).

Im August 2015 feierte die mosambikanische Kirche die Ordination ihrer ersten Klasse von Pastoren mit Abschluss des TEE. Zu dieser Zeit hatte die Kirche zehn Gemeinden. Im Juni des nächsten Jahres waren es schon 31 Gemeinden. Heute hat die ICCM 80 Gemeinden und 30 Studenten in der Pastorenausbildung.

Nigeria: ILC unterstützt theologische Ausbildung Seminar wichtig für konfessionell lutherische Kirchen in ganz Afrika

Uyo, 12.6.2019 [ilc-online]

Der International Lutheran Rat (ILC) arbeitet mit der Lutheran Church of Nigeria (LCN) zusammen, um die Seminausbildung am Jonathan Ekong Memorial Lutheran (JEML) -Seminar in Obot Idim Ibesikpo, Uyo, Bundesstaat AKWA Ibom, Nigeria, zu unterstützen.

In einem kürzlich geführten Interview sprach LCN-Erz-

bischof Christian Ekong über die Möglichkeit und die Notwendigkeit einer Seminausbildung in Nigeria. „Die theologische Ausbildung und die Ausbildung von Pastoren bleiben für die Unterstützung, das Wachstum und die missionarische Tätigkeit der Lutherischen Kirche von Nigeria von entscheidender Bedeutung“, sagte er. „Unsere Gemeinden und das Missionsfeld brauchen Pastoren. Wir

haben viele Kandidaten für die Ausbildung am Seminar, aber wir müssen die Zulassung qualifizierter Studenten häufig aufschieben oder sogar verweigern, weil die Finanzierung fehlt.“

Zuschüsse des International Lutheran Council zu den Studiengebühren ermöglichen nun vermehrt die Ausbildung zum Evangelisten oder Pastor in der LCN. „Ich liebe diese

jungen Männer, die mit so viel Leidenschaft und Engagement zum Seminar gekommen sind, um das Evangelium Christi in Nigeria zu predigen“, sagt Pfarrer Peter C. Bender, Gastprofessor am JEML-Seminar und Direktor des Concordia Catechetical Akademie (Sussex, Wisconsin). „Die Arbeit dieses Seminars ist nicht nur für die LCN von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die konfessionell lutherischen Kirchen in ganz Afrika.“

England: Treffen von LELB und ELCE Unterstützung für Letten in Großbritannien und Irland

London, 13.6.2019 [lelb.lv/selk]

Am 12. Juni traf sich eine Delegation der Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands (LELB) in den Räumen der Kirchengemeinde Luther-Tyndale in Kentish Town, London mit Vertretern der Evangelisch-Lutherischen Kirche von England (ELCE). Besprochen wurden eine mögliche Feststellung von Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft sowie Fragen der Unterstützung des LELB-Dienstes für Letten im Vereinigten Königreich. LELB-Erzbischof Janis Vanags und die Vertreter der Erzdiözese Riga hatten zuvor den Erzbi-

schof von Canterbury, Justin Welbley, getroffen und Fragen der zwischenkirchlichen Beziehungen erörtert.

An dem Gespräch mit der ELCE nahmen auch die in England und Irland lebenden LELB-Pastoren Didzis Stilve, Mareks Ignats und Marius Okunevas teil. Sie betreuen lettische Gemeinden in Dublin und in Oslo sowie viele Gottesdienstgruppen an vielen Stellen der britischen Inseln.

LWB: 13. Vollversammlung 2023 im polnischen Krakau LWB-Büro bleibt in Genf

Genf, 18.6.2019 [epd]

Die führenden Repräsentanten lutherischer Kirchen von rund 100 Ländern entschieden bei der Ratstagung des Lutherischen Weltbundes (LWB) vom 13. bis 18. Juni in Genf, dass das Büro der Kirchengemeinschaft in Genf bleiben wird. Für die langfristige finanzielle Nachhaltigkeit des Büros an seinem aktuellen Standort soll ein Plan erarbeitet werden. Die hohen Kosten in der Schweiz und der starke Franken hatten zuvor die Stimmen derjenigen lauter werden lassen, die eine Verlagerung der LWB-Zentrale in ein günstigeres Land verlangt hatten. Dem LWB gehören nach eigenen Angaben mehr als 75 Millionen Christen an.

Zuvor war entschieden worden, dass die 13. LWB-Vollversammlung vom 21. bis 27. Juni 2023 im polnischen Krakau stattfinden soll. LWB-Vollversammlungen sind das oberste Leitungsgremium des internationalen Kirchenbundes und finden alle sieben Jahre statt, zuletzt 2017 in Windhuk (Namibia), davor 2010 in Stuttgart. Mit der Vollversammlung 2023 in Polen treffe sich das höchste Entscheidungsgremium des LWB zum zweiten Mal seit seiner Gründung in Mittel- und Osteuropa. 1984 hatte die Evangelisch-Lutherische Kirche in Ungarn (ELKU) die siebte

LWB-Vollversammlung in Budapest ausgerichtet.

Der LWB-Präsident, der nigerianische Erzbischof Panti Filibus Musa, dankte der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen für die Gastfreundschaft: „Wir sind der Kirche und den Menschen in Polen sehr dankbar für ihre Einladung, die nächste Vollversammlung auszurichten.“ Der polnische Leitende Bischof Jerzy Samiec erklärte, die LWB-Vollversammlung sei eine Gelegenheit für die lutherische Weltgemeinschaft, „ein mutiges Zeugnis abzulegen“. Die Welt brauche eine Kirche, die klar Position beziehe angesichts der vielen Krisen in der heutigen Zeit wie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Klimawandel oder Nationalismus.

Am 16. Juni hatten Repräsentanten der lutherischen, römisch-katholischen, methodistischen, reformierten und anglikanischen Weltgemeinschaften ihr Bekenntnis zur Ökumene bekräftigt. In der Genfer Kathedrale St. Pierre erinnerten sie an die vor zwanzig Jahren unterzeichnete Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre, mit der Katholiken und Lutheraner einen Jahrhunderte alten theologischen Streit beendet hatten.

Europäisches Kirchenleitungstreffen in Hamburg „Europa ist ein Zukunftsprojekt“

Hamburg, 3.6.2019 [nordkirche]

Kirchenleitende und Delegierte aus 14 lutherischen Kirchen aus Mittel- und Westeuropa haben sich am 2. und 3. Juni in Hamburg getroffen. Die Gäste aus fünf Ländern kamen zu der Konsultation des Lutherischen Weltbundes (LWB) für die Region Mittel- und Westeuropa und der Versammlung des DNK/LWB. Eingeladen hatten die LWB-Vizepräsidentin für die Region, die Hamburger Pröpstin und Hauptpastorin Astrid Kleist, und das Deutsche Nationalkomitee des LWB (DNK/LWB). „Europa ist ein Zukunftsprojekt, das vom Austausch lebt, auch unter den Kirchen“, betonte Kleist. „Der Lutherische Weltbund hat nach dem Zweiten Weltkrieg geholfen, dass sich Kirchen aus verfeindeten Nationen wieder als Schwesterkirchen verstehen, gerade hier in Europa. Auch heute helfen uns persönliche Begegnungen wie hier in Hamburg, dass wir einander zuhören und miteinander im Gespräch sind. Das stärkt unsere Gemeinschaft jenseits der nationalen und kulturellen Kleinstaaterei, was heute ebenso wichtig ist wie nach 1945“, unterstrich die LWB-Vizepräsidentin.

Bei dem Treffen wurden vor allem Themen beraten, die alle europäische LWB-Kirchen betreffen. Der LWB-Generalsekretär, Pfarrer Dr. h.c. Dr. h.c. Martin Junge, stellte aktuelle Themen im LWB vor, die auf der anstehenden

Ratstagung des LWB diskutiert werden. Ab dem 13. Juni wird der Rat unter anderem Entscheidungen zu dem Austragungsort der nächsten LWB-Vollversammlung 2023, der Struktur des Büros der Kirchengemeinschaft sowie über einen möglichen Umzug des LWB treffen. Außerdem kündigte Junge eine Liturgie zum 20. Jubiläum der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre an, die für Gemeindegottesdienste am 31. Oktober 2019 bereitgestellt werden wird. Neben dem allgemeinen Austausch unter den Kirchen wurden in Hamburg insbesondere Initiativen vorgestellt, wie Kirchen in Europa auf die zunehmende Säkularisierung reagieren oder ihre diakonische Arbeit profilieren können. Zum Abschluss des Treffens tagte Montagnachmittag die Versammlung des DNK/LWB.

Bei dem Treffen waren zehn der elf deutschen Mitgliedskirchen des LWB vertreten. Aus dem Ausland kamen Kirchenleitende aus Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Italien und den Niederlanden. Die Anwesenden vertraten über 13 Millionen Christinnen und Christen. Die Region Mittel- und Westeuropa ist eine von sieben Regionen des LWB. Sie umfasst insgesamt 19 Kirchen in 8 Ländern und knapp 14 Millionen Mitglieder.

Mut, Offenheit und Freude auf das Neue Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt eingeführt

Schwerin, 10.6.2019 [velkd]

In einem Festgottesdienst im Schweriner Dom am Pfingstmontag, 10. Juni, ist Kristina Kühnbaum-Schmidt in ihr Amt als Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) eingeführt worden. Die Einführungshandlung vollzog der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Landesbischof Ralf Meister (Hannover).

In seiner Ansprache würdigte er seine neue Kollegin im bischöflichen Amt als eine einfühlsame, kluge und mutige Frau, deren „aufmerksame und achtsame Art“, auf Menschen zuzugehen, schnell ersichtlich sei. Kühnbaum-Schmidt sei geprägt von der „Lust an Theologie“ und jener „intellektuelle(n) Durchdringung all dessen, was uns im Glauben zum Verstehen drängt“. Gott sei für sie nicht nur eine geistliche, sondern auch eine geistige Lebensform.

Der Schritt ins Amt einer Landesbischöfin erfordere Mut. Offenheit und Freude auf das Neue aber zeichne die neue Bischöfin aus: „Das Neue ist ein Geschenk aus den Möglichkeiten Gottes. Christinnen und Christen sind Möglichkeitsmenschen, die mit dem Unmöglichen leben. Und diesem Unmöglichen wollen Sie im Leben anderer Menschen Gestalt geben, sie begleiten zu einem besenkten, einem gerechten, einem barmherzigen Leben“, sagte Landesbischof Meister.

Kristina Kühnbaum-Schmidt, zuvor Pröpstin (gleichbedeutend mit dem Regionalbischofsamt) in der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, war am 27. September 2018 von der Landessynode der Nordkirche zur Landesbischöfin gewählt worden. Sie folgt auf Landesbischof Dr. h.c. Gerhard Ulrich, der im März in den Ruhestand verabschiedet wurde. Kühnbaum-Schmidt war von 2015-2019 Mitglied der Kirchenleitung und der Generalsynode der VELKD.

Braunschweig: Zusammenarbeit in Niedersachsen ausweiten

Synode reagiert positiv auf Tagung mit Kirchenparlament aus Hannover

Braunschweig, 24.5.2019 [epd]

Die Synode der braunschweigischen Landeskirche will ihre Zusammenarbeit mit den anderen evangelischen Kirchenparlamenten in Niedersachsen ausweiten. „Es geht darum, dass wir uns jetzt auf den Weg machen“, sagte der Synodale Jens Paret bei der Einbringung eines entsprechenden Antrages. Erstmals in ihrer Geschichte hatten sich am 18. Mai die Synoden aus Braunschweig und Hannover zu einer gemeinsamen Sitzung getroffen. Einen solchen Austausch gelte es zu fördern, betonte Paret – auch mit den Synoden der Kirchen in Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie der Evangelisch-reformierten Kirche mit Sitz in Leer.

Das Kirchenparlament in Braunschweig sprach sich einstimmig für eine weitergehende Zusammenarbeit aus. In der Diskussion betonte der Synodale Jörg Röhmann, der

Austausch müsse „über ein nettes Treffen“ hinausgehen. „Wir müssen klare Ziele verfolgen, wenn wir mit unseren Nachbarn kooperieren.“ Gerade mit Blick auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den einzelnen Landeskirchen sei ein engerer thematischer Austausch wünschenswert. Die Synodale Elisabeth Hoffmann ergänzte, die Herausforderungen der Zukunft könnten von den niedersächsischen Kirchen und ihren Parlamenten nur gemeinsam gestaltet werden.

Landesbischof Dr. Christoph Meyns unterstrich, er wolle gerne den gemeinsamen Weg weitergehen. Bereits bei dem Treffen zwischen der braunschweigischen und hannoverschen Synode hatte er eine „vertiefte Kooperation und ein engeres Miteinander des kirchlichen Lebens in Niedersachsen“ als Ziel genannt.

Georgien: Bischofsrat tagt in Tiflis

Kleingruppen im Gemeindeleben

Tiflis, 28.5.2019 [elkras.ru]

Der Bischofsrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Russland, der Ukraine, in Kasachstan und Mittelasien (ELKRAS) tagte vom 24. bis 28. Mai in den Räumen der Versöhnungskirche in der georgischen Hauptstadt Tiflis. Am ersten Tag der Arbeit des Rates hielt der Pastor der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Brasilien, Douglas Vemut, einen Vortrag über Kleingruppen-Arbeit in seiner Heimat. Am Sonntag, den 26. Mai, nahmen Teilnehmer und Gäste des Treffens an zwei Gottesdiensten teil: in Tiflis und in Rustawi.

Markus Schoch, Bischof der Evangelisch - Lutherischen Kirche von Georgien und des Südkaukasus hatte für seine Kollegen und Gäste ein umfangreiches Besuchsprogramm vorbereitet. Am 27. Mai besuchten die Teilnehmer des Treffens das Patriarchat der Georgisch-Orthodoxen Kirche. Am 28. Mai fand ein feierlicher Empfang zu Ehren des Bischofsrates in der Deutschen Botschaft statt.

An der Arbeit des Bischofsrates beteiligten sich auch ausländische Partner: Dirk Stelter, Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Mario Fisher, Generalsekretär der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen Europas (GEKE). Erzbischof Urmas Viilma und Pfarrerin Anne Burghardt kamen aus der Evangelisch-Lutherischen Kirche Estlands, die auch den Lutherischen Weltbund (LWB) vertrat.

Auf der Tagesordnung standen Berichte über Aktivitäten der Mitgliedskirchen und Fragen zur Finanzierung der Projekte der ELKRAS sowie zur direkten Mitgliedschaft in internationalen kirchlichen Organisationen wie LWB und GEKE.

Aus der evangelischen Welt

Digitale Glockenkarte für Deutschland Eine Kampagne ruft Jugendliche zum Mitmachen auf

Berlin, 21.5.2019 [epd/selk]

Die geschätzt 100.000 kirchlichen und weltlichen Glocken in Deutschland sollen in einer digitalen Karte erfasst werden. Mit der Kampagne #createsoundscape wirbt der Beratungsausschuss für das Deutsche Glockenwesen bei Jugendlichen, sich an der Erstellung der Glockenlandkarte im Internet zu beteiligen. Aufgerufen sind Schüler, Jugendfeuerwehren, junge Umweltschützer, Vertreter der Landjugend, Sportgruppen sowie Konfirmanden, Firmlinge und Ministranten. Sie sollen mit dem Smartphone Film-, Foto- und Audioaufnahmen von den Glocken in ihren Heimatorten oder Stadtteilen machen. Diese Daten sollen auf die Internetseite createsoundscape.de gestellt werden. Hinzu kommen Angaben zu Material, Geschichte und Alter der Glocken. Auf der Website wird in fünf Schritten erklärt, wie dabei vorzugehen ist.

Bislang umfasst die virtuelle Landkarte etwa 1.000 Einträge, vorwiegend aus dem Erzbistum Freiburg, das bereits vor acht Jahren mit der Glockenerfassung im Südwesten begonnen hat. Nun soll die Glockenlandkarte bundesweit und perspektivisch auch europaweit erweitert werden, wie Projektleiter Dr. Martin Kares erläuterte, der auch Leiter des Glocken- und Orgelprüfungsamts der badischen Landeskirche ist. In ganz Deutschland gebe es etwa 30.000 Gebäude mit mindestens einer Glocke. Die

Geläute seien kulturelles Erbe und Gedächtnis und „Glockenklänge für viele Menschen Symbol für Heimat“, sagte Kares. Finanziert wird das Projekt unter anderem aus Mitteln von Kulturstatsministerin Dr. Monika Grütters (CDU).

„Wir wollen die deutsche Glockenlandschaft in Gänze abbilden, nicht nur die prächtigen Domgeläute, sondern auch die kleinen Geläute auf den Dörfern“, betonte der Co-Projektleiter und Leiter der Erzbischöflichen Glockeninspektion des Erzbistums Freiburg, Johannes Wittekind. Mitmachen könnten natürlich nicht nur Jugendliche, sondern alle, die sich für das Thema interessieren und denen es wichtig ist, den Klang der Glocken ihres Heimatortes ins Internet einzustellen. „Wir hoffen dabei auf einen Schneeballeffekt“, sagte Wittekind.

Unterstützt wird die Mitmachkampagne von der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Der Klang der Glocken – wo immer er auf der Welt ertöne – sei ein immaterielles Kulturerbe ersten Ranges, das mühelos Konfessions-, Nations- und Kulturgrenzen überbrücke, sagte der Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Karl Jüsten.

Justizentscheid zu „Colonia Dignidad“ kritisiert Verfahren gegen „Sekten-Arzt“ Hopp wurde eingestellt

Santiago de Chile/Krefeld, 28.5.2019 [idea/selk]

Angehörige von Opfern der früheren Sekten- und Foltersiedlung „Colonia Dignidad“ in Chile haben Kritik an der deutschen Justiz geübt. Der Grund ist die Einstellung des Verfahrens gegen „Sekten-Arzt“ Hartmut Hopp durch die Staatsanwaltschaft Krefeld. Er galt als „rechte Hand“ des Sektengründers Paul Schäfer (1921–2010) und wurde 2011 in Chile zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Bevor er die Strafe antreten musste, floh er nach Deutschland und lebt derzeit in Krefeld.

Die Staatsanwaltschaft hatte Anfang Mai in einer Pressemitteilung erklärt, es bestehe keine Aussicht, dass Hopp auch von einem deutschen Gericht verurteilt werden könnte. Die Behörde hatte unter anderem wegen des Vor-

wurfs ermittelt, Hopp sei 1976 an der Ermordung von drei Gegnern des damaligen chilenischen Diktators Augusto Pinochet beteiligt gewesen. Darüber hinaus soll er in der Kolonie jahrelang Kinder mit Schlafmitteln ruhiggestellt und zu Sklavenarbeit gezwungen haben. Außerdem soll er Schäfer Beihilfe zum sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen geleistet haben. Trotz umfangreicher Ermittlungen seien keine ausreichenden Beweise für diese Vorwürfe gefunden worden, hieß es in der Erklärung der Staatsanwaltschaft.

In einem Offenen Brief erklärten die Angehörigen, sie seien enttäuscht. Weiter heißt es in dem auf Facebook veröffentlichten Schreiben, der deutsche Staat verhindere, dass

den Opfern Gerechtigkeit widerfähre. Nach einem Bericht des Informationsportals „Amerika 21“ fordern Opferverbände außerdem eine bessere finanzielle Unterstützung für ehemalige Bewohner der „Colonia Dignidad“. Laut einer Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes hat eine gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesregierung beschlossen, ihnen eine Entschädigung von bis zu 10.000 Euro pro Person zu zahlen. Nach Ansicht der Opferverbände sei das zu wenig, berichtet „Amerika 21“. Viele der früheren Bewohner lebten heute in Chile in großer Armut.

Die „Colonia Dignidad“ war 1961 von dem aus Deutsch-

land stammenden ehemaligen evangelisch-lutherischen Jugendpfleger Paul Schäfer gemeinsam mit zahlreichen deutschen Familien – meist aus baptistischem Umfeld – gegründet worden. Dort wurden Kinder und Jugendliche geschlagen, sexuell missbraucht und mussten Zwangsarbeit leisten. Während der von 1973 bis 1990 dauernden Pinochet-Diktatur diente die hermetisch abgeschottete Siedlung auch als Waffenlager und Folterzentrum des Geheimdienstes. 22 Regimegegner sollen dort ermordet worden sein. Schäfer leitete die Colonia von 1961 bis 1996 und wurde 2004 in Chile wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Größte Freikirche: Weniger Mitglieder und Taufen Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden legt Statistik vor

Kassel, 2.6.2019 [idea/selk]

Nach fünf Jahren mit einem leichten Aufwärtstrend in der Mitgliederentwicklung hat der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden) 2018 einen Rückgang um fast 1,5 Prozent (1.201 Personen) im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Ihm gehören nun 81.156 Personen an, sagte der Leiter des Referates für Kommunikation der Freikirche, Michael Gruber, auf der Bundesratstagung (Synode), die vom 29. Mai bis 1. Juni in Kassel stattfand.

Ein Drittel der Mitgliederverluste sei dabei auf einen Rechenfehler einer internationalen Gemeinde zurückzuführen. Sie habe über Jahre nur die Zugänge gezählt, aber nicht die Abgänge. Zudem sei eine Gemeinde ausgetreten und drei hätten sich aufgelöst – vor allem wegen Überalterung und Mitgliederrückgangs. Insgesamt gehörten zum Jahresende 2018 801 Gemeinden zu der Freikirche. Noch stärker gesunken sei die Zahl der Gottesdienstbesucher, nämlich um rund 2.000 – auf rund 70.800, ein Rückgang um 2,7 Prozent. Diese Zahl wurde an fünf Zähltagen in der Freikirche ermittelt.

Auch die Zahl der Taufen sei gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken – um 19 Prozent (408 Personen) auf 1.734. Damit lägen die Taufen auf dem Niveau von 2013 und über dem von 2011. Der deutliche Ausschlag nach oben bei den Taufen im Jahr 2016 (2.692) habe wohl damit zu tun gehabt, „dass in dem Jahr viele internationale Geschwister den Weg in unsere Gemeinden gefunden haben, vor allem aus dem Iran und Afghanistan“.

Die Zahl der Austritte habe um 88 auf 1.326 zugenommen, so Gruber. Das sei der höchste Werte seit 2011. Bereits 2006 bis 2008 seien die Austrittszahlen vergleichbar hoch gewesen, im Jahr 1998 sogar um einiges höher. Wie Gruber weiter ausführte, wurden 800 Mitglieder in eine an-

dere Gemeinde der Freikirche überwiesen, etwa weil sie umgezogen sind. Doch 194 Personen seien in den neuen Gemeinden nicht angekommen. Gruber: „Unser Wunsch ist, dass Gemeindeverantwortliche bei Überweisungen genau hinschauen und zum Beispiel durch Anrufe in der aufnehmenden Gemeinde klären, ob alles geklappt hat.“

Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte Gruber, dass man die Statistik nicht schönreden könne: „Was aber auch stimmt: Das eine sind die Zahlen, das andere ist das geistliche Leben in den Gemeinden, über das wir uns freuen. Es gibt 801 Orte in Deutschland, an denen jeden Sonntag das Evangelium verkündigt wird und Menschen gemeinsam ihren Glauben leben. Dafür sind wir Gott dankbar.“ Wie er weiter sagte, bestanden Ende vergangenen Jahres 27 Gemeindegründungsprojekte in der Freikirche, darunter fünf im ChristusForum Deutschland, der früheren Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden im Bund. In ihnen gebe es insgesamt 366 Gründungsmitglieder und fast 1.500 Gottesdienstbesucher. 61 Personen seien in diesen Gemeinden getauft worden.

„Aufhören mit den rechtgläubigen Kleinkriegen“

Durch die Gemeinden des Bundes sollte ein Ruck gehen. Dazu hat der Generalsekretär der Freikirche, Christoph Siba, aufgerufen. Die Gemeinden seien inmitten der kapputten Welt „ein Ort der Hoffnung“, sagte Siba auf der Bundesratstagung. Gottes Liebe zu den Menschen als die stärkste Kraft auf dieser Welt sollte dort erlebt werden können: „Wir müssen Menschen in die Gegenwart Gottes einladen, weil seine Gegenwart heilsam ist.“

Zugleich kritisierte Siba, dass manche Gemeinden vor allem mit sich selbst beschäftigt seien. Sie stritten sich

über ihre theologische Ausrichtung, über ein bibeltreues oder liberales Textverständnis, über die stille oder von Musik begleitete Feier des Abendmahls, über das Liedgut: „Wir müssen aufhören mit diesen rechtgläubigen Kleinkriegen.“ Außerhalb der Freikirchen oder evangelikalen Bewegung interessierten diese Themen niemanden: „Damit drehen wir uns nur um uns selbst.“ Vielmehr gelte es, zusammen mit anderen Konfessionen und Bewegungen in der Mission Gottes aktiv zu werden. Er wünsche sich, dass die Gemeinden seines Bundes dafür bekannt werden, dass sie Hoffnung in ihrer Umgebung verbreiten: „Es gibt keinen Grund, mutlos zu sein“, sagte Siba unter dem Applaus der Delegierten.

Ihr Präsident, Pastor Michael Noss (Berlin), ging in seinem Bericht auf die Anfang Mai bekannt gewordene Prognose der Universität Freiburg ein, wonach die beiden großen Volkskirchen in Deutschland bis 2060 rund die Hälfte ihrer Mitglieder verlieren werden. Er widersprach der in der Debatte um die Hintergründe mitunter geäußerten Ansicht, der Grund für diesen Abwärtstrend liege darin, dass Gemeinden „einfach nicht fromm genug sind“. Noss: „Darin liegt es sicher nicht.“ Durch solche Auffassungen

würden „Menschen abgeschossen, aber nicht aufgebaut“.

Sich auf alte Tugenden zurückzubedenken, helfe auch nicht: „Früher ist vorbei.“ Man müsse sich vielmehr den Entwicklungen einer Welt stellen, die „unfassbar“ seien: „Das tun wir, so gut und fromm wie wir sind.“ Dazu gehöre es unter anderem, sich um Flüchtlinge und Asylbewerber zu kümmern. Seine Gemeinde Berlin-Schöneberg habe seit 2016 über 300 Iraner und Afghanen getauft. Nur wenige hätten die Gemeinde verlassen, nachdem sie als Asylbewerber anerkannt worden seien. Die Mehrheit engagiere sich dagegen vorbildlich in der Gemeindegemeinschaft.

Noss berichtete ferner über einen Besuch des Präsidiums des Bundes im Frühjahr bei den Baptisten in Polen. Der Besuch habe dazu beigetragen, eine neue Sicht über das Land zu erlangen. In den deutschen Medien werde vor allem darüber berichtet, dass das Land sich weigere, Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen. Doch tatsächlich lebten rund zwei Millionen Ukrainer in dem Land. Vor allem der kleine Baptistenbund kümmere sich darum, dass sie integriert würden. In Polen gibt es rund 5.000 Baptisten in 85 Gemeinden.

Taizé-Bruderschaft legt Missbrauchsfälle offen

Prior Frère Alois: „Wir empfinden Scham und tiefen Schmerz“

Frankfurt a.M./Taizé, 5.6.2019 [epd/selk]

In der ökumenischen Bruderschaft von Taizé in Frankreich sind mehrere Fälle sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen bekanntgeworden. Das teilte der Prior der Bruderschaft, Frère Alois, am 4. Juni in einer Erklärung mit. Darin macht die Bruderschaft fünf Fälle von sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige öffentlich, für die drei Mitglieder der Bruderschaft verantwortlich seien. Die Fälle erstrecken sich über einen Zeitraum von den 1950er bis in die 1980er Jahre. Zwei der mutmaßlichen Täter seien bereits vor mehr als 15 Jahren gestorben, teilte der Prior mit.

Alle Fälle seien bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden, heißt es in der Mitteilung. So verlange es das französische Recht. Aus dem Schreiben geht nicht hervor, wann der Prior von den Fällen erfahren hat. Man habe den Betroffenen zugehört und ihnen „vorbehaltlos Glauben geschenkt“, schreibt er: „Wenn wir hören, was sie erlebt und erlitten haben, empfinden wir Scham und tiefen Schmerz.“ Man bekenne sich dazu, dass diese in der Vergangenheit durch Brüder begangenen Übergriffe zur

Geschichte der Bruderschaft gehören. Frère Alois rief weitere mögliche Betroffene auf, sich zu melden.

In den französischen Ort Taizé fahren jedes Jahr Zehntausende Jugendliche zum gemeinsamen Gebet. Bekannt sind vor allem die meditativen lateinischen Gesänge, die in Kirchengemeinden auf der ganzen Welt mittlerweile zum Liedgut gehören und in viele Gesangbücher übernommen wurden. Die Ökumene und der interreligiöse Dialog sind Kernanliegen des Männerordens.

Die Bruderschaft wurde in den 1940er Jahren von dem reformierten Theologen Roger Schutz gegründet. Schutz starb 2005 mit 90 Jahren an den Folgen eines Attentats. Sein Nachfolger ist der deutsche katholische Theologe Alois Löser, der die Gemeinschaft seither als Prior leitet. Heute gehören zur ökumenischen „Communauté de Taizé“ rund 100 Brüder aus etwa 25 Ländern. 65 Brüder leben in Taizé. 35 Brüder arbeiten in den Armenvierteln der Welt.

Südliche Baptisten: Worten müssen nun Taten folgen Maßnahmenkatalog gegen sexuellen Missbrauch angekündigt

Birmingham, 13.6.2019 [idea/selk]

Ein Maßnahmenkatalog soll in der größten protestantischen Kirche in den USA, dem Bund der Südlichen Baptisten, dafür sorgen, dass es zu keinen weiteren Fällen von sexuellem Missbrauch in Gemeinden kommt. Das kündigte der Präsident der Kirche, James David Greear, in einem Bericht auf deren zweitägigen Jahresversammlung in Birmingham (Bundesstaat Alabama) an. „Mutige Resolutionen und umfassende Erklärungen reichen nicht aus“, sagte Greear vor den über 8.200 Delegierten und Gästen der Konferenz.

Wie im Februar durch die Veröffentlichung der texanischen Tageszeitungen „Houston Chronicle“ und „San Antonio Express-News“ bekannt wurde, sollen in den vergangenen 20 Jahren 380 Pastoren, Angestellte und ehrenamtliche Mitarbeiter der Kirche rund 700 Personen sexuell missbraucht haben. 200 Beschuldigte seien bereits verurteilt worden. Den Berichten zufolge haben die leitenden Mitarbeiter der Kirche nichts unternommen, um weitere Taten zu unterbinden.

Die Delegierten votierten für eine Satzungs- und eine Verfassungsänderung. Darin heißt es: „Der Bund der Südlichen Baptisten verurteilt jede Form von sexuellem Missbrauch.“ Nach Angaben von Baptist Press, der Presseagentur der Südlichen Baptisten, werden diese Änderungen erst gültig, wenn im kommenden Jahr mindestens zwei Drittel der Delegierten zustimmen.

Auf der Konferenz kamen auch Opfer des sexuellen Miss-

brauchs zu Wort. So sprach die Autorin Mary DeMuth, die nach eigenen Angaben als Fünfjährige von Pfadfindern in ihrer Kirchengemeinde sexuell missbraucht worden war, ein Gebet. Darin äußerte sie unter anderem: „Wir haben unsere Institutionen und Systeme manchmal den Schreien der Verwundeten in unserer Mitte vorgezogen.“ Statt den Opfern beizustehen, habe man den Tätern eher geglaubt, die ihre Unschuld beteuert hätten.

Vor Journalisten forderte Präsident Greear die Vertreter der rund 52.000 Gemeinden der Kirche auf, alles zu unternehmen, um die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Dazu gehöre neben dem Bedauern über den Missbrauch auch die Zusammenarbeit mit staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die sich mit dem Thema Missbrauch befassen, wie auch Schulung für Mitarbeiter und Präventionsmaßnahmen.

Greear wurde in seinem Amt als Präsident der Kirche ohne Gegenkandidaten wiedergewählt. Der 46-jährige Pastor leitet seit 2002 die „The Summit Kirche“ in Raleigh-Durham (Nord Carolina). Nach Angaben des Baptistenbundes ist die Zahl der Gottesdienstbesucher in der Gemeinde seither von 60 auf beinahe 10.000 angestiegen. Sie habe zudem 292 Zweiggemeinden gegründet.

Der Bund der Südlichen Baptisten insgesamt verliert nach eigenen Angaben seit mehr als zehn Jahren Mitglieder. Deren Zahl ist im Jahr 2018 um 1,28 Prozent auf 14,8 Millionen gesunken.

Studie sieht Entfremdung zwischen vormaligen Partnern EZW: Dialog zwischen Kirchen und Islamverbänden in der Krise

Berlin, 17.6.2019 [idea/selk]

Der Dialog zwischen Kirchen und den etablierten islamischen Verbänden befindet sich in einer Krise. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse, welche die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) veröffentlicht hat. „Die zunehmende Entfremdung zwischen vormaligen Dialogpartnern ist nicht zu übersehen“, heißt es in der Studie des wissenschaftlichen EZW-Referenten Dr. Friedmann Eißler. Es seien Zerwürfnisse und Abbrüche auch in persönlichen Beziehungen zu beklagen – von beiden Seiten der christlich-islamischen Dialogpartner. „Die Krise des Dialogs kristallisiert sich insbesondere an der inakzeptablen direkten religionspolitischen Einfluss-

nahme auf die Mehrheit der hier lebenden religiösen Türken“, so Eißler.

Er verweist auf die Abhängigkeit des größten islamischen Verbandes in Deutschland, der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), vom türkischen Staat. Der alleinige Blick auf DITIB sei jedoch unangemessen, so Eißler. So beziehe die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB), der größte Mitgliedsverband des Zentralrats der Muslime in Deutschland, ebenso wie DITIB Imame von der türkischen Religionsbehörde, wengleich in vergleichsweise geringer Zahl. Ähnliches

gelte für die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs. Das Islamische Zentrum Hamburg stehe unter direkter Einflussnahme der iranischen Regierung.

Laut Eißler haben fast 90 Prozent der rund 2.000 Moscheegemeinden in Deutschland Geistliche aus dem Ausland, insbesondere aus der Türkei, Nordafrika, Albanien, dem ehemaligen Jugoslawien, aus Ägypten und dem Iran. Fast die Hälfte der ausländischen Imame predige in DITIB-Moscheen. In manchen Verbänden sieht Eißler auch Tendenzen der Abschottung: „Anstatt Integration wird unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit oder anderer demokratischer Freiheitsrechte die Distanz zur Mehrheitsgesellschaft gepflegt.“

Der EZW-Referent plädiert für Differenzierung und Transparenz im Umgang mit dem Islam. In diesem Sinne dürfe es aber „keine Ignoranz und kein Wegschauen“ geben, wenn es um problematische Entwicklungen gehe. Wenn sich die EZW-Studie kritisch mit islamischen Akteuren

auseinandersetze, beziehe man damit nicht Position für „eine einseitig kritische oder gar ablehnende Haltung gegenüber Muslimen“. Wo diese bedrängt oder gar angefeindet würden, „ist unser Platz als Staatsbürger und als Christen an ihrer Seite, um solidarisch und gemeinsam für die freiheitlichen Grundlagen unserer Gesellschaft einzustehen“.

Die EKD habe sich klar und unmissverständlich für Dialog und Begegnung sowie ein gemeinsames Eintreten für freiheitsfördernde Rahmenbedingungen in der Gesellschaft ausgesprochen. Im Positionspapier der EKD zum christlich-islamischen Dialog vom September 2018 heißt es: „Die Evangelische Kirche in Deutschland sucht und fördert den Dialog mit Menschen muslimischen Glaubens. Sie ist davon überzeugt, dass nur durch Begegnung und Kontakt das friedliche Miteinander unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen Gestalt gewinnen kann.“ Die EZW ist eine Einrichtung der EKD.

„Irak und Syrien – Christen in Angst“ Menschenrechtler fordern Kirche und Politik zum Handeln auf

Göttingen, 19.6.2019 [idea/selk]

Die Christen im Irak und Syrien haben zunehmend unter Einschränkungen ihrer Rechte und Gewalt zu leiden. Viele von ihnen denken deshalb über eine Auswanderung nach. Das geht aus dem Menschenrechtsreport „Irak und Syrien – Christen in Angst“ hervor, den die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) jetzt veröffentlicht hat.

Wie der Nahostexperte der Organisation, Dr. Kamal Sido, darin schildert, denken viele Christen, Jesiden und Angehörige anderer Minderheiten im Irak angesichts der Islamisierungstendenzen über eine Flucht oder Auswanderung aus ihrem Land nach. So liege die Zahl der Christen im Irak aktuell bei 150.000, was etwa 0,39 Prozent der gesamten irakischen Bevölkerung entspricht. 2015 seien es noch 275.000 gewesen. Die Befürchtung sei, dass es bis 2020 im Irak keine Christen mehr geben wird.

Als konkrete Ursachen nennt Sido unter anderem die Gewalt gegen Menschen und kirchliche Gebäude. So seien seit 2003 Tausende Christen durch Anschläge extremistischer Muslime getötet und mindestens 70 Kirchen durch Bombenanschläge zum Teil vollständig zerstört worden. Von ehemals 500 Kirchen im Irak seien heute nur noch 57 geöffnet. „Doch auch in diesen bleiben sonntags die Bänke in der Regel leer“, so Sido.

Als weiteren Punkt führt der Experte die rechtlichen Grundlagen an. So „garantiere“ die Verfassung zwar

allen religiösen Minderheiten Glaubensfreiheit, erkläre gleichzeitig aber den Islam zur Staatsreligion. „Diese Diskrepanz ist ein nahezu unlösbares rechtliches Problem, mit dem Christen, aber auch andere Nicht-Muslime oder Frauen im Irak zu kämpfen haben.“

Und auch in der Schulpolitik gebe es gefährliche Einflüsse, etwa durch islamistisches Gedankengut im Unterrichtsstoff. Aufgrund der Perspektivlosigkeit dächten viele Christen über eine Auswanderung nach und „würden sich sofort auf den Weg nach Europa machen, wenn sie dazu die Mittel und Möglichkeit hätten“.

In Syrien beträgt die Zahl der Christen laut Schätzungen zwischen 500.000 und 700.000. Das sind etwa zwei bis drei Prozent der 22 Millionen Einwohner. Der Gesellschaft für bedrohte Völker zufolge sind ihre Rechte erheblich eingeschränkt. So gebe es viele Gesetze, die Christen benachteiligen, insbesondere in den Bereichen Kultur und Schulwesen. „Diese Gesetze schränken die freie Entfaltung der kulturellen Eigenständigkeit und Identität der Christen ein, beziehungsweise machen sie nahezu unmöglich“, so der Bericht. Trotzdem hätten die Christen ihre Religion bisher relativ frei ausüben können, weil das Assad-Regime ihnen zumindest das Recht auf freie Religionsausübung gewährt und das Christentum als Glaubensgemeinschaft toleriert habe.

Seit Beginn des Aufstandes gegen das syrische Regime komme es jedoch gehäuft zu gewaltsamen Übergriffen auf Christen. Sie und andere Minderheiten würden „immer mehr zu den großen Verlierern des Krieges“. Viele von ihnen trauten sich nicht einmal mehr auf die Straße. Während aber nahezu alle anderen Gesellschafts- oder Religionsgruppen teils massive Unterstützung aus dem Ausland erhielten, werde die christliche Bevölkerung „de facto von den Kirchen im Westen weitgehend im Stich gelassen“. Sido: „Sie müssen ohnmächtig mitansehen, wie sie immer mehr zwischen die Fronten geraten und dabei ihre kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Einrichtungen zerstört werden.“

Wie die Gesellschaft für bedrohte Völker mitteilte, plant sie auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dortmund eine Resolution mit deutlichen Forderungen an den Rat der EKD sowie die Bundespolitik einzubringen. Die

Organisation ruft zum Einsatz für ein friedliches Miteinander der Religionen auf. Zudem solle Opfern von Verfolgung Schutz gewährt und Waffenexporte an die Türkei beendet werden. Nur wenn die Gewalt aufhöre und die Städte wiederaufgebaut würden, könnten die Menschen ohne Angst in ihrer Heimat leben.

Die Resolution unter dem Titel „Mit interreligiösem Dialog Leben retten und Zukunftsperspektiven bauen – in Deutschland und im Nahen Osten!“ sollte am 22. Juni zur Abstimmung gebracht werden. Neben der Gesellschaft für bedrohte Völker wird sie vom Diözesanbischof der Koptisch-Orthodoxen Kirche Norddeutschland, Dr. Anba Damian (Höxter-Brenkhausen), sowie vom Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant*innenverbände in Deutschland, Ali Ertan Toprak (Berlin/Bonn), getragen.

kurz und bündig

- Der US-Bundesstaat Washington hat das umweltfreundliche und kostengünstige Kompostieren von Leichnamen freigegeben. In einem Gebäude in Seattle werden Leichname in pflanzlichem Material wie Stroh und Holzspänen in Behältern abgelagert. Unter Sauerstoffzufuhr entstehen beim Kompostieren Temperaturen von etwa 50 bis 70 Grad Celsius. Sobald die Kompostierung einsetzt, werden die menschlichen Überreste binnen weniger Wochen mithilfe von Mikroben abgebaut. Übrig bleibt pro Leichnam etwa ein Kubikmeter Erde. Angehörige können den Boden mitnehmen oder in einem Naturpark verstreuen lassen.

- Die EKD sucht zum siebten Mal die beste Predigt speziell für Männer. Das Thema ist „Gott liebt Gerechtigkeit – Wofür es sich zu kämpfen lohnt“. Der mit insgesamt 1.000 Euro dotierte „männertheologische Predigtpreis“ wird am 20. November verliehen. Ein Sonderpreis geht an Frauen. Beteiligen können sich Pastoren, Prädikanten, Lektoren, Studenten und Schüler beiderlei Geschlechts. Sie können bis zum 31. August schriftliche Predigten sowie Audio- oder Videodateien einreichen. Prämiert werden bis zu vier Predigten. Kriterien sind unter anderem Themen aus der Lebenswirklichkeit der Männer und die Originalität und Qualität der Predigt.

- „Utklamüsern“ (austüfteln) ist aus einem Wettbewerb als Plattdeutsches Wort des Jahres 2019 hervorgegangen. In der Kategorie „aktueller Ausdruck“ gewann „fuurtsenroewertrecken-Code“ (für QR-Code). In der Kategorie

„Redensart“ siegte der Spruch: „He röög dat Muul as de Kattaker den Steert.“ (Er hat ein flinkes Mundwerk.) 2018 war das schönste Plattdeutsche Wort „Hartpuckern“ (Herzklopfen). 2017 gewann „Dwarsdriewer“ (Quertreiber). Geehrt wurden auch schon Wörter wie „Ackerschnacker“ (Handy), „Lämmerhüppen“ (Diskothek), „kommodig“ (angenehm) und „Ankiekbook“ (Facebook).

- Die Celler Synagoge hat eine Bibliothek eröffnet, in der Menschen mit Interesse an Fragen zum Judentum sich informieren oder beraten lassen und miteinander ins Gespräch kommen können. Bereits vor der NS-Zeit hat in den Gebäuden der Jüdischen Gemeinde eine Bibliothek und ein Gemeinearchiv bestanden. Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle und das Stadtarchiv stellen ihre Buchbestände zur Verfügung. Auch die neue Jüdische Gemeinde und Privatpersonen steuerten Bücher bei. Thematisch liegt der Schwerpunkt auf Judaika, Fachliteratur zum Judentum, aber auch Literatur zum Antisemitismus. Später sollen aktuelle und historische Jüdische Kinder- und Jugendliteratur den Bestand erweitern.

- „Konzentrationslager auf Schienen“ heißt ein Buch über den Häftlingsalltag in einem „mobilen“ Konzentrationslager bei Osnabrück. Rund um die Stadt mussten 1944 und 1945 rund 500 KZ-Gefangene das bombardierte Eisenbahnnetz reparieren, um den militärischen Nachschub zu sichern. Auf der Grundlage bisher kaum beachteter Quellen beschreibt der Historiker Karl Kassenbrock die

Lebenssituation der KZ-Häftlinge und rekonstruiert die Biografien einzelner Häftlinge. „Lumpen, keine Kleidung, fast nichts zu fressen, entsetzlich schlechte Behandlung, Kälte und schwere Arbeit, dazu kamen noch fortdauernd Bomben, denn unser Standplatz war der Güterbahnhof in Osnabrück.“

- Nach Restaurierungsarbeiten sind die Dokumente zu den Hexenprozessen in Buxtehude aus der Zeit von 1540 bis 1644 – acht Mappen mit etwa 3.200 Seiten – wieder ins Stadtarchiv zurückgekehrt. In Buxtehude waren 21 Frauen der Hexerei und Zauberei angeklagt. 15 wurden nach grausamer Folter hingerichtet, davon 13 durch Verbrennen. Im November 2017 wurde ein Mahnmal enthüllt, das an das Schicksal der als Hexen angeklagten Frauen erinnert. Es besteht aus drei Bronzetafeln, die am Historischen Rathaus hängen und auf denen unter anderem die Namen der Opfer zu lesen sind.

- Die evangelische Kirche erreicht im „GemeinwohlAtlas“, veröffentlicht am 21. Mai, den 19. Platz, die katholische Rang 102. Besser bewerten die Deutschen mehrere christliche Hilfsorganisationen: die evangelische Johanner-Unfall-Hilfe (5), den katholischen Malteser Hilfsdienst (9), die Diakonie (10) und die Caritas (14). Auf den ersten drei Plätzen stehen die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und das Deutsche Rote Kreuz. Weit hinten liegen die sozialen Netzwerke Instagram (129), Twitter (131) und Facebook (132). Den geringsten Beitrag zum Gemeinwohl leisten die Deutsche Bank (134), „Bild“ (135), der Weltfußballverband FIFA (136) und die Zigarettenmarke Marlboro (137).

- Oberlandeskirchenrat Rainer Kiefer (59) wird Direktor des Evangelischen Missionswerkes in Deutschland (EMW) mit Sitz in Hamburg. Kiefer hat in Bethel, Zürich und Heidelberg Theologie studiert und zwei Auslandsjahre in Südafrika und Großbritannien verbracht. Seit 2005 ist er im Landeskirchenamt der Landeskirche Hannovers

für Weltmission und Ökumene, Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik zuständig. Das EMW ist der Dachverband für 29 evangelische Kirchen, Missionswerke und Freikirchen sowie missionarische Vereine und Verbände.

- Die evangelischen Kirchen in Niedersachsen feiern den barocken Orgelbaumeisters Arp Schnitger (1648-1719) in dessen 300. Todesjahr mit einem Festakt und einem musikalischen Theaterstück. Das niederdeutsche Stück „Glieck un doch heel anners“ (Gleich und doch ganz anderes) zeigt Episoden aus dem Leben Schnitgers. Nach der Premiere in der Georgskirche im ostfriesischen Wener soll es auch in Leer, Norden, dem niederländischen Midwolda und Emden gezeigt werden. Autor ist der Norde Historiker Erhard Brüchert.

- Die EKD will das Thema Frieden stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Im November 2019 wird die Friedenthematik als Schwerpunkt unter dem Titel „Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ auf der EKD-Synode breiten Raum einnehmen. Im September erscheint dazu bei der Evangelischen Verlagsanstalt ein Lesebuch. Derzeit entsteht auf www.ekd.de/frieden „ein Panorama vielfältiger, bedenkenswerter und impulsgebender Friedensfragen und -themen“.

- Der Braunschweiger Landesbischof Dr. Christoph Meyns sehnt sich nach Stille: „Ich persönlich empfinde unsere Zeit als eine übervolle, unglaublich laute Zeit, angefüllt mit einem furchtbaren Lärm. Auf allen Kanälen schreien die Stimmen von Stars, politischen Parteien, in den Medien buhlen die Stimmen um unsere Aufmerksamkeit mit immer schrilleren Mitteln.“ Er sehne sich nach einem weiten, leeren Raum, damit er zu sicher selber finden und spüren könne, was ihn selber bewege und was ihm wirklich wichtig sei im Leben, erklärt Meyns. Das könnten Kirchen leisten: „Kirchenräume müssen neben allem, was darin an Aktivitäten geschieht, einfach da sein, tagsüber offen und die Stille der absoluten Gegenwart zulassen.“

Nachrichten aus der Ökumene

Forum Deutscher Katholiken verabschiedet zwei Resolutionen Für Meinungs- und Redefreiheit sowie „theozentrische Wende“

Ingolstadt, 17.6.2019 [idea/selk]

Ehe und Familie bilden das letzte Bollwerk im Kampf um das „Sein des Menschen“. Diese Ansicht äußerte der Journalist und Geschäftsführer des Instituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie, Jürgen Liminski (Sankt Au-

gustin bei Bonn), auf dem Kongress „Freude am Glauben“ am 16. Juni in Ingolstadt. Das dreitägige Treffen wurde vom Forum Deutscher Katholiken organisiert. An der diesjährigen Veranstaltung nahmen nach Angaben des

Forums rund 700 Personen teil. Zwar fordere der Zeitgeist, so Liminski, dass heute jegliche Form des Zusammenlebens als „Ehe“ bezeichnet werden müsse, dagegen spreche jedoch das Zeugnis der Heiligen Schrift: Ehe könne nur die bleibende und auf die Zeugung von Kindern angelegte Verbindung von Mann und Frau sein. Zum Unterschied zwischen der Ehe und anderen sexuellen Beziehungen äußerte Liminski: „Lust ist befristet, Liebe ewig.“ Tatsächlich sei es jedoch schon so weit gekommen, „dass man die Selbstverständlichkeit von Familie rechtfertigen muss“. Wenn sich das Abendland allerdings vom traditionellen Familien- und Ehebegriff verabschiede, beschleße es seinen eigenen Tod.

Kraus: „Sprachdiktat“ der Medien ist alarmierend

Nach Ansicht des ehemaligen Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, OStD Dipl.-Psychologe Josef Kraus (Landshut), gibt es in vielen Medien eine zunehmend politisch links geprägte Berichterstattung. So werde die Presse in Deutschland zu großen Teilen zur „Wutjournalistik“, wenn es etwa gegen Kritiker der Flüchtlingspolitik, gegen den US-Präsidenten Donald Trump, den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban oder die AfD gehe. „Auf dem linken Auge aber ist man blind – etwa wenn die ‚Autonomen‘ Randalen machen wie beim Hamburger G20-Gipfel 2017“, so Kraus. Durch die „Sprachdiktate der ‚political correctness‘“ fühle sich auch ein Großteil der Bevölkerung eingeschränkt. Es sei „zutiefst erschütternd“, so Kraus, wie so „einer der wichtigsten Artikel des Grundgesetzes“ – das Recht auf freie Meinungsäußerung – fortschreitend außer Kraft gesetzt werde. Dabei seien gerade die Leitmedien mehr denn je gefordert, „den Informationshäppchen der sozialen/asozialen Medien mit ihren Filterblasen und Echokammern als objektive Berichterstattung eine umfassende, neutrale Berichterstattung entgegenzusetzen“. Stattdessen praktizierten sie – bei Themen wie Christenverfolgung oder Abtreibung – ebenso wie die Kirchen „dröhnendes Schweigen“.

Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bedroht

Auf dem Kongress verabschiedete das Forum Deutscher Katholiken zwei Resolutionen. In einer heißt es, dass die Meinungs- und Redefreiheit in der Bundesrepublik

Deutschland immer weiter eingeschränkt, während der Rechtsstaat gerade in Fragen des Lebensrechts ausgehöhlt werde. Bereits George Orwell (1903–1950) habe in seinem bekannten Roman „1984“ beschrieben, wie eine „Gedankenpolizei“ mit „Gesinnungs- und Sprachdiktaten“ arbeite. Heute werde der Rahmen des Sagbaren von der „political correctness“ immer enger definiert. „Sexuelle Vielfalt“ und „Gender-Mainstreaming“ würden staatlich gefördert, während das Lebensrecht ungeborener Kinder nicht mehr verteidigt werde. Das zeige auch die „faktische Aufhebung“ des Werbeverbots für Abtreibungen, die am 21. Februar vom Bundestag beschlossen worden war. Die aktuelle Fassung des Paragraphen 219a StGB werde zwar als „gelungener Kompromiss“ verkauft, bedeute aber eigentlich eine weitere Aushöhlung des Schutzes für die ungeborenen Kinder. Christen, die sich gegen diese gefährlichen Entwicklungen stellten, würden als „Fundamentalisten“, „Rechtsradikale“ oder „Faschisten“ bezeichnet. Es sei an der Zeit, sich gegen Bevormundung und Einschränkung der Freiheit zu wehren.

Das Evangelium wieder zum Leuchten bringen

In einer zweiten Resolution erklärt das Forum, dass die Kirche sich ein Beispiel an den Reformern früherer Jahrhunderte nehmen solle. Diese hätten die Forderungen des Evangeliums und den Glauben der Kirche immer wieder zum Leuchten gebracht. Die Initiatoren fordern deshalb eine „theozentrische Wende“. Gott und die Verantwortung des Menschen vor ihm müssten wieder in den Vordergrund rücken. Wahre Erneuerung sei „immer aus einem tieferen Gehorsam gegenüber der Botschaft des Evangeliums“, aus „einer verstärkten Bemühung“ um „Verkündigung“ sowie aus „einer radikalen Christuskonsequenz erwachsen“. Das Forum Deutscher Katholiken versteht sich als eine Vereinigung „papst- und romtreuer Katholiken“ und will zu einer Neuevangelisierung in Deutschland beitragen. Zum Kuratorium gehören unter anderen der ehemalige Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Gerhard Müller, der emeritierte Bischof von Fulda, Heinz Josef Algermissen, und der Vorsitzende der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern, der Religionspädagoge Andreas Späth (Windsbach bei Ansbach). Vorsitzender des Forums ist Prof. Hubert Gindert (Kaufering bei München).

Vatikan: Genderideologie widerspricht Glauben und Vernunft EKD positioniert sich zugunsten der Genderideologie

Vatikanstadt, 11.6.2019 [idea/selk]

Die Genderideologie widerspricht dem christlichen Glauben und der Vernunft. Diese Ansicht vertritt die Bildungskongregation für die römisch-katholische Lehre des

Vatikans in einem Papier, das am 10. Juni veröffentlicht wurde. Es trägt den Titel „Als Mann und Frau schuf Er sie“. Die Genderideologie wolle die natürlichen Unter-

schiede zwischen Mann und Frau auslöschen, heißt es in dem Dokument. Eine „Entfernung von der Natur“ führe dazu, dass die Gefühlsentscheidungen des Einzelnen zum alleinigen Maßstab erklärt würden. Dabei werde der Körper als „bloße Materie“ behandelt und der menschliche Wille absolut gesetzt. Diese Haltung bereite „einer kulturellen und ideologischen Revolution“ den Boden. Sie verwechsle Freiheit mit der „Vorstellung, dass jeder machen kann, was er will“. Die Annahme, es gebe ein neutrales oder drittes Geschlecht, sei eine bloße Gedankenkonstruktion. Sie stehe bei Kindern und Jugendlichen dem Prozess der Bildung einer reifen Persönlichkeit im Weg. Weiter heißt es in dem Papier, die Genderideologie müsse von der Genderforschung unterschieden werden, die mit wissenschaftlichen Mitteln die gesellschaftlichen Ursachen für die Benachteiligung von Frauen untersuche. Mit ihr wolle der Vatikan in einem Dialog bleiben. Von ihr lasse sich einiges lernen, vor allem die „Notwendigkeit, gegen jede ungerechte Diskriminierung zu kämpfen“.

Genderzentrum bedauert die Ablehnung von Inter- und Transsexualität

Die Studienleiterin des Studienzentrums der EKD für Gen-

derfragen, PD Dr. Jantine Nierop (Hannover), begrüßte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea die Bereitschaft der Bildungskongregation zum Dialog mit der wissenschaftlichen Genderforschung. Diese habe belegt, dass viele vermeintliche Unterschiede zwischen Mann und Frau kulturell konstruiert seien. „Deswegen bedauern wir auf der anderen Seite die Wortwahl ‚Genderideologie‘ im Papier sowie die offene Ablehnung von Inter- und Transsexualität“, so Nierop.

Evangelische Allianz: Gott hat die Menschen als Mann und Frau erschaffen

Der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung, Uwe Heimowski (Berlin), begrüßte gegenüber idea die Kritik des Papiers an der Genderideologie. Es entspreche der Schöpfungsordnung Gottes, dass er die Menschen als Mann und Frau erschaffen habe. Damit sei die Vorstellung, dass man sein Geschlecht nach Belieben wählen könne, nicht vereinbar. Es sei aber wichtig, nach den Ursachen für die Benachteiligung von Frauen zu forschen und sie zu bekämpfen.

Kardinal Burke und Bischöfe veröffentlichen Wahrheits-Katalog Gruppe von Bischöfen beklagt „große spirituelle Epidemie

Washington, 11.6.2019 [KAP/KNA/selk]

Der amerikanische Kardinal Raymond Burke und eine kleine Gruppe an bischöflichen Mitstreitern haben traditionelle Lehren der Kirche gegen den Zeitgeist verteidigt. Wie der National Catholic Register berichtete, wird in einer „Declaration of Truths“ (Deklaration von Wahrheiten) eine „große spirituelle Epidemie“ beklagt, die zu weltweiter „doktrinärer Konfusion und Fehlorientierung“ geführt habe.

Dadurch sei „die spirituelle Gesundheit und die ewige Erlösung vieler Seelen“ in Gefahr. Der aus 40 Punkten bestehende Text grenzt das Christentum explizit von anderen Religionen ab, betont die Lehren zur Sexualität, Wieder- und Verheiratung Geschiedener und bekräftigt die traditionelle Sicht der Rolle von Frauen in der Kirche.

Das Dokument kritisiert die eindeutige Haltung des Papstes zum Verbot der Todesstrafe. Die Kirche habe nicht geirrt, als sie noch den Standpunkt vertrat, dass die Ausübung der Todesstrafe zulässig sei, wenn sie „wirklich notwendig ist, die gerechte Ordnung von Gesellschaften“ aufrecht zu erhalten. Ausdrücklich bekräftigen die Bischöfe ihr Nein zur Teilnahme protestantischer Gläubiger an der Eucharistie.

Zu den Unterzeichnern zählen neben Kardinal Dr. Burke die Bischöfe Dr. Athanasius Schneider, Tomash Peta und Jan Pawel Lenga aus Kasachstan sowie der lettische Kardinal Janis Pujats.

Amazonassyode öffnet Tür zu Viri probati Baldige Aufweichung des Zölibates?

Bonn, 22.5.2019 [KAP/KNA/selk]

Nach Ansicht des Münsteraner Kirchenrechtlers Dr. Thomas Schüller wird es in der römisch-katholischen Kirche bald verheiratete Priester geben. Zunächst werde die Amazonas-Synode im Herbst im Vatikan wegen des Mangels an Geistlichen in Lateinamerika „auf jeden Fall“ für in Ehe und Familie erfahrene Männer („viri probati“) als Priester votieren, sagte Schüller der Diözesenzeitung von Münster „Kirche und Leben“ (Ausgabe 26. Mai). „Das wird die Bischofskonferenzen und die Regionen der Weltkirche, die ebenso vom Priestermangel betroffen sind, ermutigen, einen ähnlich gelagerten Antrag zu stellen – unter großer Wertschätzung für den freiwillig gelebten Zölibat.“

Er sei sich ziemlich sicher, dass es auch in Deutschland solche verheirateten Priester geben werde, sagte Schüller. „Die überdeutliche Mehrheit der deutschen Bischöfe hat sich in der Richtung positioniert. Warum sollten sie also nicht einen entsprechenden Antrag in Rom stellen?“, fragte der Theologe. „Er würde sicherlich wohlwollend geprüft.“

Der Kirchenrechtler äußerte sich vor einer Fachtagung in

Münster, die sich mit der „Lehrkompetenz der Bischofskonferenz“ befasst. Zu den Referenten gehören der Essener Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, und Generalvikar Dr. Klaus Winterkamp aus Münster.

Schüller sprach sich dafür aus, dass die nationalen Bischofskonferenzen die Möglichkeit hätten, in bestimmten Fragen einen eigenen Weg zu gehen. „Es kommt darauf an, im Notwendigen Einheit zu erhalten und zugleich eine Pluralität zu ermöglichen, die dennoch römisch-katholisch ist.“ Das gelte etwa für die Zulassung protestantischer Ehepartner zur Kommunion. Diese Frage sei in Deutschland von ganz anderer Bedeutung als in Italien, wo es kaum Protestanten gebe.

Papst Franziskus habe mehrfach betont, die Bischofskonferenz aufzuwerten und ihr mehr Kompetenzen zuzuweisen, sagte der Theologe. „Das steht konträr zu Entwicklungen der Pontifikate von Papst Johannes Paul II. und Benedikt XVI., die alles getan haben, um die Bischofskonferenz kleinzuhalten.“

US-Bischof: Keine Kommunion für Abtreibungs-Befürworter Bischof von Springfield schließt führende Politiker von der Kommunion aus

Washington, 7.6.2019 [KAP/KNA/selk]

Der Bischof von Springfield, Thomas Paprocki, hat führende Politiker des US-Bundesstaates Illinois von der heiligen Kommunion ausgeschlossen. Betroffen sind demnach neben dem Sprecher des Abgeordnetenhauses, Michael Madigan, und dem Mehrheitsführer im Senat, John Cullerton, weitere römisch-katholische Abgeordnete. Paprocki reagierte damit auf eine Abstimmung über liberalere Abtreibungsgesetze in seinem Bundesstaat. „Ein Gesetz zu unterstützen, das Babys im Mutterleib wie Eigentum behandelt, und ihre Vernichtung zu jeder Zeit und aus jedem Grund zulässt, ist böse“, so der Bischof.

Paprocki spielt in seiner Erklärung auf zwei Gesetze im Bundesstaat Illinois an: Der „Reproductive Health Act“, der in der vergangenen Woche verabschiedet wurde, bezeichnet Abtreibung als „Grundrecht“ und geht noch über das Grundsatzurteil des Supreme Courts von 1973 hinaus, das Abtreibungen grundsätzlich legalisierte. Abtreibungen sind demnach unter bestimmten Umständen bis zum neunten Schwangerschaftsmonat möglich. Die

römisch-katholische US-Bischofskonferenz kommentierte das Ergebnis als „kollektives moralisches Versagen“. Ein anderes Gesetz aus dem Jahr 2017 besagt, dass Abtreibungen von der Krankenversicherung übernommen werden müssen.

Illinois stellte sich damit gegen Initiativen in mehreren US-Bundesstaaten, in denen in den vergangenen Monaten strikte Abtreibungsverbote in Kraft gesetzt wurden oder noch rechtskräftig werden sollen, die in einzelnen Fällen auch bei Inzest und Vergewaltigung keine Ausnahmen machen.

Die Verweigerung von Sakramenten für römisch-katholische Politiker, die liberale Abtreibungsregeln unterstützen, ist in den USA nicht ungewöhnlich. Die Diözese Springfield hatte lange Zeit auch die Kommunion für den demokratischen Senator Dick Durbin wegen seiner Haltung zu Abtreibungen abgelehnt.

OJC: Ratsuchende werden nicht unter Druck gesetzt

Kommunität geht juristisch gegen falsche Medienbehauptungen vor

Reichelsheim, 11.6.2019 [idea/selk]

Die ökumenische Kommunität Offensive Junger Christen (OJC) hat sich juristisch gegen Medienberichte gewehrt, sie und das ihr angegliederte Deutsche Institut für Jugend und Gesellschaft (DIJG) böten „Konversionstherapien“ an, um eine (homo-)sexuelle Orientierung zu verändern. Wie der Prior der Kommunität, Konstantin Mascher (Reichelsheim/Odenwald), gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, hätten einige Medien im Zuge der von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angestrebten Gesetzesinitiative zum Verbot solcher Therapien behauptet, die OJC und das DIJG böten solche Behandlungen an.

Das sei nicht der Fall. Beiden Werken dürfe nicht mehr unterstellt werden, dass sie Werbung für gesundheitsschädigende Maßnahmen wie Elektroschocks, Bestrahlung und Umpolung machen oder Ratsuchende religiös unter Druck setzen. Gleichwohl spreche sich die OJC weiterhin für Therapiefreiheit und Selbstbestimmung aus. Es dürfe nicht hingenommen werden, dass christliche Werke und Einrichtungen, die Menschen in Krisen begleiten, unter Generalverdacht gestellt werden.

Bekennende Gemeinschaften kritisieren gleichgeschlechtliche „Ehe“

Vorwurf: Die Kirche orientiert sich mehr am Zeitgeist als an der Bibel

Hamburg/Hannover, 20.5.2019 [idea/selk]

Die Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands hat sich von dem Beschluss der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers distanziert, künftig gleichgeschlechtliche Partner zu trauen. Eine entsprechende Handreichung für Gottesdienste hatte die Synode der Landeskirche am 15. Mai einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Damit gibt es in der Landeskirche keine Unterscheidung mehr zwischen Trauungen von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren. Landessuperintendent Hans-Christian Brandy (Stade) sagte, es gebe „keine theologisch zwingenden Gründe“, an einer prinzipiellen Differenz zwischen der Ehe und Trauung von Menschen verschiedenen und gleichen Geschlechts festzuhalten. Nachdem der Bundestag im Juli 2017 das „Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts“ beschlossen habe, müsse die Kirche „eine Antwort geben, schon aus seelsorglicher Verantwortung“. Landesbischof Ralf Meister hatte die Einführung einer EKD-weiten „Trauung für alle“ bereits 2017 gefordert.

Der Vorsitzende der Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Pastor Ulrich Rüß (Hamburg), sagte, dass sich „Bischöfe, kirchenleitende Personen und Institutionen mehr von zeitgeistbestimmten, demokratischen Mehrheitsentscheidungen politischer Instanzen leiten lassen als von Bibel und Bekenntnis“. Der Synodenbeschluss wie auch der entsprechende Bundestagsbeschluss stünden im Widerspruch zum biblischen Ehe- und Familienverständnis. „Hier zeigt sich: Die Demokratie ist nicht in sich Garant von Wahrheit und schon gar nicht Gütesiegel für Glaubens- und Bekenntnistreue. Das gilt selbstverständlich auch für die Kirche und ihre Instanzen.“ Wenn Bischöfe sich mehr an gesellschaftspolitischen und parteipolitischen Mehrheitsentscheidungen orientierten als an der verbindlichen Autorität von Bibel und Bekenntnis, verliere die Kirche ihre Identität sowie ihre „Kernkompetenz“ und werde zur „Zivilreligion“ gemacht: „Und so geschieht es, dass Trauungen für alle eine religiöse Legitimation und Weihe bekommen, obwohl diese deutlich im eindeutigen Widerspruch zum Wort Gottes und zum christlichen Bekenntnis stehen.“

Ist „Moschee-Schwänzen“ böse und „Klima-Schwänzen“ gut? Verfassungsbeschwerde im Streit um einen verweigerten Moscheebesuch

Rendsburg/Karlsruhe, 21.5.2019 [idea/selk]

Ein Ehepaar aus Rendsburg, das seinen Sohn von einem Moscheebesuch im Schulunterricht abhielt und deshalb mit einem Bußgeld belegt wurde, hat gegen das Urteil Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt. Das teilte der für das Verfahren bevollmächtigte Rechtsanwalt Alexander Heumann (Düsseldorf) der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mit. Zum Hintergrund des Falls: Im Juni 2016 hatten die Eltern des damals 13-jährigen Schülers ihm den Besuch einer Moschee im Erdkundeunterricht verwehrt. Seine siebte Gymnasialklasse besuchte die „Centrum-Moschee“, die Verbindungen zur Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) mit Berührungspunkten zum radikalen Islam unterhält. Nach Angaben ihres Anwalts befürchteten die Eltern eine „religiöse Indoktrination“ des Kindes, das wie sie selbst konfessionslos ist. Einen Bußgeldbescheid von zunächst 300 Euro verringerte das Amtsgericht Meldorf auf 50 Euro, weil die Eltern von sich aus Ersatzunterricht an der Schule angefragt hatten. Den verweigerte die Schulleiterin jedoch. Außerdem hatte der Junge zuvor nie unentschuldigt gefehlt. Eine Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung des Amtsgerichts lehnte das Oberlandesgericht Schleswig im April ab.

Gehört der Islam in den Schulunterricht?

Zur Begründung der Verfassungsbeschwerde sagte Heumann, das gesamte Verfahren in Schleswig-Holstein verletzte seine Mandanten „in ihren Grundrechten, insbesondere in ihrer Religions- und Weltanschauungsfreiheit und in ihrem elterlichen Erziehungsrecht“. Diese Grundrechtsverletzungen habe er mit der Verfassungsbeschwerde gerügt. Ihm gehe es zum einen darum, prüfen zu lassen, ob der Islam „als obligatorischer Unterrichtsstoff für Schüler taugt“. „Zweitens geht es darum, was aus dem Rechtsstaat wird, wenn zum Beispiel ‚böses‘ Moschee-Schwänzen und ‚gutes‘ (FridayForFuture-)Schwänzen unterschiedlich nach politischer Korrektheit beurteilt wird.“ Damit bezieht sich Heumann auf die regelmäßig während der Schulzeit stattfindenden Demonstrationen für eine andere Klimapolitik. Bisher wurden Schüler dafür nicht mit einem Bußgeld belegt. Finanziert werde die Verfassungsbeschwerde „durch viele Unterstützer“, unter anderem den Landesverband der AfD in Hessen. Ohne diese Hilfe ist es laut Heumann nicht möglich, „den Fall nach Karlsruhe und gegebenenfalls später auch vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu tragen“.

Orthodoxe Kirche lehnt Papstbesuch in Russland ab Außenamtschef des Patriarchats versichert weitere Mitarbeit im ÖRK

Lausanne, 6.6.2019 [KAP/KNA/selk]

Russlands orthodoxe Kirche hat erneut Nein zu einem möglichen Besuch von Papst Franziskus gesagt. Eine Russlandreise des Oberhauptes der römisch-katholischen Kirche stehe „momentan nicht auf der Agenda der bilateralen Beziehungen“, erklärte der Außenamtschef des orthodoxen Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion, in einem Interview des Schweizer Portals „cath.ch“. „In unserer Kirche sind viele Bischöfe, Priester und Gläubige nicht dazu bereit, ihn zu empfangen.“

Das Moskauer Patriarchat wolle nicht, dass sich „durch solche Stimmungen“ das Verhältnis zwischen beiden Kirchen verschlechtere, so Hilarion. „Wir ziehen es vor, langsam vorzugehen, ohne plötzliche Schritte.“ Die Beziehungen sind laut dem Metropoliten auf einem „positiven“ Weg.

Die russische Nachrichtenagentur Tass hatte berichtet, Franziskus wolle Russland besuchen. Bislang kam noch nie ein Papst in das Land. Anfang 2016 befürworteten drei von vier Russen in einer Umfrage einen Besuch des römisch-katholischen Kirchenoberhauptes in ihrem Land. Die russisch-orthodoxe Kirche betonte jedoch stets, die Zeit sei noch nicht reif dafür.

Franziskus empfängt Russlands Präsident Dr. Wladimir Putin am 4. Juli im Vatikan. Das bestätigte Vatikansprecher Alessandro Gisotti gegenüber Journalisten.

Hilarion versichert Mitarbeit im Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK)

Der russisch-orthodoxe Metropolit Hilarion hielt sich Anfang Juni zu einem Besuch des Ökumenischen Zentrums

des Weltkirchenrates im Schweizer Genf auf. Bei einer Begegnung mit dem Generalsekretär des weltweiten Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Prof. Dr. Olav Fykse Tveit, bekräftigte der Außenamtschef des Moskauer Patriarchats, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche weiterhin an der Arbeit des ÖRK teilnehmen wird.

Hilarion und Tveit seien einig darüber gewesen, dass der Weltkirchenrat weiterhin ein Ort sein solle, an dem sich die Kirchen treffen und ihre Anliegen und laufenden Themen diskutieren können, hieß es in einer ÖRK-Pressemitteilung. Der ÖRK-Generalsekretär erklärte demnach, dass

sich der Weltkirchenrat nicht in inter-orthodoxe Angelegenheiten einmische, aber nicht ignorieren könne, was in der „orthodoxen Familie“ vor sich gehe.

Die Aussagen stehen im Zusammenhang mit den Spannungen zwischen dem russisch-orthodoxen Moskauer Patriarchat und dem Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel. Aus Protest gegen die Gründung einer eigenständigen (autokephalen) ukrainisch-orthodoxen Landeskirche hatte sich Moskau jüngst aus vielen ökumenischen Dialogforen zurückgezogen, an denen Konstantinopel beteiligt ist.

Lettland verschärft Regeln für orthodoxe Bischöfe Gesetzesänderung richtet sich offensichtlich gegen russischen Einfluss im Land

Riga, 7.6.2019 [KAP/KNA/selk]

In Lettland dürfen künftig nur noch lettische Staatsbürger, die seit mindestens zehn Jahren in der Baltenrepublik leben, orthodoxe Bischöfe werden. Das Parlament in Riga beschloss eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die lettisch-orthodoxe Kirche, die dem Moskauer Patriarchat untersteht. Die Staatsangehörigkeit und der langjährige ständige Wohnsitz in Lettland bewahre die Kirche vor „potenziellen ausländischen Einflüssen“, sagte der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses und Chef der nationalkonservativen Partei KPV LV, Artuss Kaimins.

Das Statut der lettisch-orthodoxen Kirche sieht bereits vor, dass ihr Oberhaupt und die Bischöfe lettische Staatsbürger sein müssen. Es verlangt allerdings nicht – wie das

neue Gesetz – einen mindestens zehnjährigen ständigen Wohnsitz in Lettland. Der orthodoxen Kirche gehören nach Regierungsangaben 370.000 Letten an, 18,7 Prozent der Bevölkerung. Seit Oktober 1990 steht ihr Metropolit Alexander von Riga und ganz Lettland vor. Er wurde 1939 in Lettland geboren.

Der Einfluss des Moskauer Patriarchats auf die orthodoxen Kirchen in den ehemaligen Sowjetrepubliken ist unterschiedlich groß. In Weißrussland, einem Nachbarland Lettlands, leitet etwa der russische Metropolit Pawel die orthodoxe Kirche. Das oberste Leitungsgremium der russisch-orthodoxen Kirche wählte ihn 2013 zum Oberhaupt der orthodoxen Kirche in Weißrussland.

Koptischer Papst: Wir erwarten eine friedliche Entwicklung Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche besuchte Deutschland

Unna, 21.5.2019 [idea/selk]

Die koptisch-orthodoxe Kirche erwartet eine friedliche Entwicklung in Ägypten. Das sagte ihr Oberhaupt, Papst Tawadros II., im Gespräch mit der TV-Nachrichtensendung „ideaHeute“. Der 66-Jährige hielt sich bis zum 20. Mai zu einem Besuch in Deutschland auf. In Unna weihte er eine koptische Kirche. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen werden christliche Kopten in Ägypten verfolgt und bedroht. So würden sie Opfer von Brandschatzungen, Plünderungen, Morden auf offener Straße, Entführungen und sexuellem Missbrauch. Die Behörden zögen die Täter oft nicht zur Rechenschaft, sondern erklärten sie bestenfalls für geisteskrank. Stattdessen würden vielfach die Opfer verhaftet, bedroht und kriminalisiert. Tawadros zufolge sind die Kopten ebenso Teil des ägyptischen Volkes wie

ihre muslimischen Landsleute. „Wir versuchen unseren Alltag zu leben wie alle anderen auch“, so der Geistliche. Die Gewalttaten gegen Christen beeinflussten die ganze ägyptische Gesellschaft. Ein Anlass zur Hoffnung sei aber, dass die seit 2014 geltende neue Verfassung des Landes den Kopten mehr Rechte einräume und ihnen erlaube, „sich zu etablieren“. Dadurch werde „mehr Frieden möglich“. In Ägypten leben rund zehn Millionen orthodoxe koptische Christen. Hinzu kommen etwa 300.000 Mitglieder der koptisch-evangelischen Kirche, 200.000 römische Katholiken, mehr als 100.000 Mitglieder von Pfingstgemeinden, Brüdergemeinden und anglikanischen Gemeinden sowie 40.000 Griechisch-Orthodoxe. Rund 90 Prozent der 94,8 Millionen Einwohner Ägyptens sind Muslime.

Kippa-Tragen: Warnung stößt auf Kritik

Israelischer Staatspräsident: Über die Aussage zutiefst geschockt

Berlin/Jerusalem, 26.5.2019 [idea/selk]

Eine Aussage des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, Dr. Felix Klein, stößt international auf Kritik. Klein hatte Juden davor gewarnt, „jederzeit überall in Deutschland die Kippa zu tragen“. Er könne es ihnen nicht empfehlen, so Klein gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Essen): „Das muss ich leider so sagen.“ Er habe seine Meinung „im Vergleich zu früher leider geändert“. Die gesellschaftliche Enthemmung und Verrohung nähmen zu und bildeten einen fatalen Nährboden für Antisemitismus. Dazu schrieb der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell (Berlin), am 26. Mai auf Facebook, dass das Gegenteil wahr sei: „Tragen Sie Ihre Kippa. Tragen Sie die Kippa Ihres Freundes. Leihen Sie sich eine Kippa und tragen Sie sie für unsere jüdischen Nachbarn. Erklären Sie den Menschen, dass wir eine vielfältige Gesellschaft sind.“

Der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin (Jerusalem) sagte laut „Jerusalem Post“ am 26. Mai, dass ihn die Aussage Kleins zutiefst geschockt habe. Man erkenne das En-

gagement der deutschen Regierung für die jüdische Gemeinde in Deutschland an. Aber solche Ängste vor der Sicherheit deutscher Juden seien eine Kapitulation vor dem Antisemitismus und ein Eingeständnis, dass Juden auf deutschem Boden erneut nicht mehr sicher seien. Dem Antisemitismus werde sich Israel entgegenstellen, betonte Rivlin: „Und wir erwarten und fordern, dass unsere Verbünde auf die gleiche Weise handeln.“ Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm (München), sagte gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe, es mache ihn unendlich traurig, dass „wir in unserem Land überhaupt diese Diskussion führen müssen. Und ich schäme mich dafür.“ Die einzig angemessene Reaktion darauf sei „null Toleranz“. Antisemitismus widerspreche allem, wofür das Christentum stehe. Zuvor hatte auch schon Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) Klein widersprochen. Er ermutigte Juden, die jüdische Kopfbedeckung in der Öffentlichkeit zu tragen: „Jeder kann und soll seine Kippa tragen, egal wo und egal wann er möchte.“

Europäische Rabbiner schlagen Emojis mit jüdischen Symbolen vor

Unicode-Konsortium soll auch Kippa-Emoji einführen

München, 6.6.2019 [KAP/KNA/selk]

Für die digitale Kommunikation wünscht sich die Konferenz Europäischer Rabbiner (CER) auch ein Emoji-Piktogramm, das das Judentum und seine Symbole zeigt. Die Rabbiner schlagen dem zuständigen Unicode-Konsortium ein Emoji mit Kippa, eines mit einer Kopfbedeckung für jüdische Frauen und ein Thora-Symbol vor. So werde die jüdische Religion auch Teil des alltäglichen Austausches unter Nutzern, schreibt CER-Generalsekretär Gady Gronich an Unicode.

Mittlerweile gebe es Emojis, die den Islam und seine Symbole oder auch Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternteilen zeigten. Aus Sicht der Rabbiner ist daher auch Raum, jüdische Symbole zu präsentieren. Emojis würden bereits großflächig in der digitalen Kommunikation etwa

auf Facebook, Instagram und WhatsApp genutzt. Auf diesem Weg werde auch die junge Generation beeinflusst. Angesichts technologischen Fortschritts müsse es auch einen Fortschritt durch das Denken geben. Ein Synagogen-Symbol ist bereits in der Emoji-Liste vorhanden.

Die Konferenz der Europäischen Rabbiner vertritt nach eigenen Angaben rund 700 Rabbiner. Die orthodox geprägte Organisation wurde 1956 gegründet und tritt für die religiösen Rechte der Juden in Europa ein. Sie engagiert sich zudem für Religionsfreiheit sowie den interkulturellen und interreligiösen Dialog mit Muslimen und Christen – mit dem Ziel, einer wachsenden Radikalisierung in der Gesellschaft entgegenzutreten.

kurz und bündig

- Radio Vatikan startet eine wöchentliche Nachrichtensendung in lateinischer Sprache. Der Papstsender funkt künftig jeweils am Samstag fünf Minuten lang in der Sprache Ciceros. Im deutschsprachigen Kanal wird die Sendung jeweils samstags um 14.10 Uhr zu hören sein. Unter vaticannews.va soll das Programm auch als Podcast verfügbar sein. Die wöchentliche Sendung soll auch in den Nachrichten auf Radio Vatikan die offizielle Sprache der römisch-katholischen Kirche neu beleben, betonte der redaktionelle Leiter der vatikanischen Medien.
- Mit einem neuen Internetauftritt will der Vatikan die Dienste des päpstlichen Kleinstaates besser präsentieren. Für auswärtige Besucher der Seite dürften vor allem Angaben zu den Vatikanischen Museen interessant sein. Daneben finden sich auf vaticanstate.va Informationen zur Basilika Sankt Peter, zu den Vatikanischen Gärten, dem Apostolischen Palast und der früheren Sommerresidenz in Castel Gandolfo. Ein weiterer ausführlicher Menüpunkt bietet eine Übersicht zu den Verwaltungsorganen des Staates der Vatikanstadt, wie der kleinste Staat der Welt offiziell heißt. Bisher bietet die auch für mobile Endgeräte konzipierte Seite nur Inhalte in italienischer Sprache. Andere sollen folgen.
- Im Souveränen Malteserorden sollen künftig keine offiziellen Gottesdienste mehr im außerordentlichen Ritus (sogenannte „Tridentinische Messe“) gefeiert werden. Als oberster Garant für die Einheit des Souveränen Malteserordens hat der Großmeister des Ordens, Fra Giacomo Dalla Torre, entschieden, dass „alle offiziellen liturgischen Feiern“ des Ordens nach dem ordentlichen Ritus Papst Pauls VI. gefeiert werden sollen. Messfeiern im privaten Rahmen können Geistliche des Malteserordens aber nach wie vor auch im außerordentlichen Ritus zelebrieren.
- Papst Franziskus hat die Wahl von Basilios Fawzy Al-Dabe (62) zum neuen Bischof der oberägyptischen Diözese Sohag am Ostufer des Nils bestätigt. Zuvor hatte die Synode der mit Rom unierten koptisch-katholischen Kirche den bisherigen Pfarrer der Kathedrale im mittelägyptischen Minya zum Bischof gewählt. Al-Dabe studierte Theologie in Kairo und Maadi, bevor er in Minya zum Priester geweiht wurde. 25 Jahre lang war er dort zudem Direktor der römisch-katholischen Schulen. In der Region um Sohag hatte es in den vergangenen Jahren einzelne Angriffe auf Christen gegeben.
- Der Historiker Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist gegen die Entfernung des so genannten „Judensau“-Reliefs an der Stadtkirche St. Marien in Wittenberg. Das Landgericht Dessau hatte unlängst die Forderung eines Klägers abgewiesen, das historische antisemitische Sandsteinrelief zu entfernen. Wolffsohn erklärte, Geschichte gebe es nicht „a la carte wie im Gasthof“. Sie müsse in ihrer Gesamtheit begriffen und interpretiert werden. „Das Interpretieren bedeutet immer ein Positionieren in der Gegenwart: Ich kann das nicht vergessen machen, aber ich kann mich dazu positionieren.“ Wegwischen und Entfernen führe dazu, dass man sich nicht mit einem Thema auseinandersetze, so Wolffsohn. „Das Einzige, was wir machen können, ist immer wieder positionieren durch interpretieren. Wegwischen ist im Grunde genommen Selbstbetrug.“

Diakonie-Report

Grundsteinlegung für Haus 5a

SELK-Bischof bat Gott um Schutz und Hilfe für den Bau

Guben, 5.6.2019 [selk]

Am 5. Juni erfolgte die Grundsteinlegung für das Haus 5a, einen Anbau an Haus 5 des Naëmi-Wilke-Stifts, der größten diakonischen Einrichtung in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK). An dem feierlichen Akt nahmen neben den Mitgliedern des Kuratoriums der Stiftung sowie dem Vorstand, Vertreter des Planungsbüros Bärmann & Partner sowie der Firmen Ungerbau,

dem Labor Thoraus aus Cottbus sowie Vertreter aus einzelnen Abteilungen des Hauses teil. Als Vertreter der Stadt Guben war Kämmerer Björn Konetzke gekommen.

„Denn einen anderen Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.“ (1. Korinther 3,11) Dieser Bibelvers begleitete die Grundstein-

legung. SELK-Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. (Hannover) zitierte außerdem König Salomo, der anlässlich des Baus seines prächtigen Tempels Gott gebeten habe: „Lass Deine Augen offen stehen über diesem Bau Tag und Nacht.“ Goldgeschmückt und prächtig wird der Anbau an Haus 5 nicht werden, aber im Inneren könne er sich schon sehen lassen, betonte der Bischof. Modernste Technik werde hier zum Wohle der Menschen eingesetzt. Und so bat er Gott auch für diesen Bau um Schutz und Hilfe.

Bevor die glänzend polierte Schatulle im Boden versenkt wurde, füllten sie die Bauherren und Gäste mit Unterlagen und Utensilien, die vielleicht auch noch in 100 Jahren von Interesse sein könnten, darunter die Bauunterlagen, eine Tageszeitung, die Kommunalwahlergebnisse, die Satzung

des Stiftes und einige Münzen. Der Anbau schafft über vier Etagen eine Nutzfläche von rund 500 Quadratmetern. Durch die neuen Räume entstehen Erweiterungsmöglichkeiten für die Sprechstunden der Krankenhausambulanz, Strukturverbesserungen für die Intensivmedizin, zusätzliche Betten für die chirurgische Station und stationsnahe Räumlichkeiten für den Arztdienst. Auch der Zugang zum Labor wird durch Rohrpost und Lieferaufzug verbessert.

Die Baukosten werden sich auf knapp 2 Millionen Euro belaufen, die das Krankenhaus aus Eigenmitteln finanziert. Die Bauarbeiten finden während des laufenden Krankenhausbetriebes statt. Sie sind so geplant, dass die Arbeitsabläufe der Patientenversorgung möglichst wenig beeinträchtigt werden. Bauende soll im Juli 2020 sein.

Ausbildung für Praxisanleiter Erstmals nach neuen gesetzlichen Richtlinien

Guben, 4.6.2019 [selk]

Am 4. Juni startete am Bildungszentrum des in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) beheimateten Gubener Naëmi-Wilke-Stiftes die erste Ausbildung zum/r Praxisanleiter/in für Berufe im Gesundheitswesen nach neuen gesetzlichen Vorgaben. Sie beinhalten ein Plus von 100 Stunden in der pädagogischen Qualifikation. Der Kurs endet im März 2020 mit einer Prüfung.

Die sechs Teilnehmenden eignen sich in nun 300 Stunden pädagogische Fachkenntnisse für die Tätigkeit in der praktischen Ausbildung an. Sie werden nach Abschluss der

Schulung die zukünftigen Auszubildenden fachkompetent begleiten und prüfen können. Die Teilnehmer kommen aus unterschiedlichen Berufsgruppen, wie aus der Krankenpflege, Altenpflege und der medizinisch-technischen Radiologie-Assistenz. In diesen speziellen Berufsgruppen wird die Praxisanleitung zukünftig noch mehr an Bedeutung gewinnen, da die Auszubildenden und Berufsschulen einen guten Wissenstransfer von Theorie in Praxis und umgekehrt fokussieren und ohne ausgebildete Praxisanleiter/innen keine Möglichkeit für die Übernahme von Lernenden besteht.

140 Jahre Kindergarten Von der Kinderbewahranstalt zum Kindergarten

Guben, 16.6.2019 [selk]

Der 140. Geburtstag des Kindergartens des in der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) beheimateten Naëmi-Wilke-Stiftes wurde am Freitag und Sonntag, 14. und 16. Juni, gefeiert. Der krönende Abschluss bildete am Sonntagnachmittag das Konzert von Liedermacher Gerhard Schöne aus Meißen. Der bekannte Künstler sang bei bestem Wetter auf der Bühne unter freiem Himmel. „Alles muss klein beginnen“ oder der „Popel“ gehörten zu den bekannten Liedern, die von vielen im Publikum gerne mitgesungen wurden. Unter freiem Himmel konnten sich auch die Kleinsten frei bewegen. So verlief das Konzert ungezwungen.

Zuvor hatten Erzieherinnen, Eltern, Kinder und Rektor Müller einen Familiengottesdienst vorbereitet, der im Weiten Raum des Krankenhauses gefeiert wurde. „140 Jahre – von der Kinderbewahranstalt zum Kindergarten“ lautete das Motto des Dankgottesdienstes. In einem kleinen Theaterstück zeigten die Kinder, wie Jesus auf die Frage reagierte: Wer denn wohl der Größte unter den Jüngern sei? Jesus sagte: Wer der Größte sein will, soll aller Diener sein. Darauf stellt er ein Kind in den Mittelpunkt und erklärte: „Lasset die Kinder zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn solchen gehört das Reich Gottes.“ Im Anschluss an den Gottesdienst zogen alle auf

die Wiese, um dem Kindergarten ein Geburtstagsständchen zu singen.

Damit ging ein ereignisreiches Jahresfestwochenende im Naëmi-Wilke-Stift zu Ende. Schon am Freitagnachmittag waren viele Besucher zum Deutsch-Polnischen Familien-

tag gekommen, bei dem auch das neue mehrsprachige Wegeleitsystem vorgestellt wurde. Am Samstag unternahmen über 40 Mitarbeitende einen Betriebsausflug über die Grenze nach Zary und Zagan. In Zary besichtigten sie unter anderem das Krankenhaus Nummer 105, in dem auch Militärangehörige versorgt werden.

Eine offene Gesellschaft verlangt Diskussion und Haltung Diakonie unterstützt Tag der Offenen Gesellschaft

Berlin, 15.6.2019 [ewde/selk]

Am 15. Juni fand zum dritten Mal der „Tag der Offenen Gesellschaft“ statt. Die Diakonie Deutschland ruft als Veranstaltungspartner ihre Einrichtungen und Träger zum Mitmachen auf, um damit ein Zeichen zu setzen für Freiheit, Vielfalt und Toleranz. „Die einladenden Tafeln der Offenen Gesellschaft stehen für mich für die freiheitliche und offene Haltung des Landes, in dem ich streiten und leben möchte“, sagte Diakonie-Präsident Ulrich Lilie.

„Ich verstehe Offenheit als eine Haltung, die akzeptiert, dass Vielfalt unser gesellschaftlicher Normalzustand ist. Eine offene Gesellschaft ist offen für Kreuz, Kippa und Kopftuch, für Kleingarten, Sauerbraten und Veganismus, für Paare, Rollifahrer, Singles und Familien, Menschen mit Down-Syndrom und Menschen ohne Humor. Diese Vielfalt bringt selbstverständlich Konflikte mit sich, sie ist – wie jede Partnerschaft – immer wieder auch eine Herausforderung, die anstrengt und nach Diskussion und Haltung verlangt“, betonte Lilie.

Erstmals stellte die Diakonie Deutschland in Berlin auf

dem Platz am Nordbahnhof Tische auf. Diakonie-Präsident Lilie war dort sowie auf dem Tempelhofer Feld an der zentralen Tafel anzutreffen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte einen Tisch im Soldiner Kiez im Wedding.

Tische und Stühle stellten unter anderem auch die Diakonie Mitteldeutschland gemeinsam mit dem Bündnis Demokratie gewinnt in Halle auf. Das Diakonische Werk Mecklenburg-Vorpommern feierte mit vielen Kooperationspartnern in Schwerin. Die Diakonie Düsseldorf lud an einen langen Tisch am Rheinufer ein. Das Diakonische Werk Halberstadt feierte im Altenpflegeheim St. Stephanus in Osterwieck, das Diakoniewerk Essen im Internat für hörgeschädigte Kinder.

Weitere Tafeln der Diakonie und evangelischen Landeskirche sowie alle Tafeln, die bundesweit angemeldet wurden, finden sich mit weiteren Informationen auf www.tdog19.de.

Asyl- und migrationspolitische Gesetzentwürfe Menschenrechte dürfen nicht im Eilverfahren aufs Spiel gesetzt werden

Berlin, 3.6.2019 [ewde/selk]

Am 3. Juni wurden sechs asyl- und migrationspolitische Gesetzentwürfe im Schnelldurchgang im Innenausschuss des Bundestages beraten.

„Die Eile dieser Gesetzgebungsverfahren ist unnötig und erschreckend, denn sie erlaubt keine fundierte Auseinandersetzung mit den geplanten Regelungen und deren Auswirkungen auf die Betroffenen und die Gesellschaft“, kritisierte Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland.

„Die geplanten Änderungen bedeuten erhebliche Verschlechterungen für Schutzsuchende in Deutschland. Es wird an den Menschenrechten gezerrt“, betonte Loheide. So waren unter anderem eine erhebliche Erweiterung der Abschiebungshaft und eine neue „Duldung mit ungeklärter Identität“ geplant. Loheide: „Die Verschärfungen sind weder nachvollziehbar noch zielführend. Durch die Ausweitung von Haftgründen und -plätzen wird unverhältnismäßig in das Recht auf körperliche Freiheit eingegriffen. Dabei kann die Bundesregierung die Gründe, warum

kurz und bündig aus der SELK

PERSONALIA

Propst Klaus-Peter Czwikla (64), Spiesen-Elversberg, tritt nach Vollendung des 65. Lebensjahres mit dem 1. September 2019 in den Ruhestand.

Pfarrer Norbert Rudzinski (64), Allendorf/Lumda, tritt nach Vollendung des 65. Lebensjahres mit dem 1. September 2019 in den Ruhestand.

Pastor mit besonderem Auftrag Andreas Berg (39), Saarbrücken, scheidet mit Wirkung vom 1. September 2019 aus dem kirchlichen Dienst der SELK aus.

Pfarrer Dr. Gottfried Martens D.D. (56) wurde am 10. Juni 2019 als Pfarrer der Dreieinigkeits-Gemeinde der SELK in **Berlin-Steglitz** gottesdienstlich bestätigt, nachdem er die Berufung seiner Gemeinde auf die nunmehr unbefristete Pfarrstelle angenommen hatte. Die gottesdienstliche Handlung nahm Superintendent Peter Brückmann (Berlin-Wedding) vor. Es assistierten Pfarrdiakon Dr. Frank Keidel (Berlin-Wedding) und Pastor im Ehrenamt Marko Turunen (Berlin-Steglitz).

Pfarrer Dr. Daniel Schmidt (55), Groß Oesingen, wurde auf der Wahlversammlung der Synoden der Kirchenbezirke Niedersachsen-Ost und Niedersachsen-Süd der SELK am 23. Juni 2019 in Celle zum neuen Propst der Kirchenregion Nord der SELK gewählt. Die Amtszeit wurde auf 7 Jahre befristet.

Die 14. Kirchensynode hat am 22. Mai 2019 in Bad Emstal-Balhorn die von Kirchenleitung und Kollegium der Superintendenten erneut ausgesprochene und von **Pfarrer Michael Schätzel (58), Hannover**, angenommene Berufung zum **Geschäftsführenden Kirchenrat** der SELK bestätigt. Er wurde am 26. Mai 2019 in Balhorn durch Bischof Hans-Jörg Voigt D.D., Hannover, für seinen weiteren Dienst gesegnet.

Gerd Henrichs (65), Bohmte, wurde von der 14. Kirchensynode am 22. Mai 2019 in Bad Emstal-Balhorn zum Kirchenrat wiedergewählt und am 26. Mai 2019 in Balhorn durch Bischof Hans-Jörg Voigt D.D., Hannover, für seinen weiteren Dienst gesegnet.

Dr. Silja Joneleit-Oesch (46), Frankfurt/Main, wurde von der 14. Kirchensynode am 22. Mai 2019 in Bad Emstal-Balhorn zur Kirchenrätin gewählt und am 26. Mai 2019 in Balhorn durch Bischof Hans-Jörg Voigt D.D., Hannover, in ihr Amt als Kirchenrätin eingeführt und für ihren Dienst gesegnet.

Dörte Pape (53), Kusterdingen, wurde von der 14. Kirchensynode am 22. Mai 2019 in Bad Emstal-Balhorn zur Kirchenrätin gewählt und am 26. Mai 2019 in Balhorn durch Bischof Hans-Jörg Voigt D.D., Hannover, in ihr Amt als Kirchenrätin eingeführt und für ihren Dienst gesegnet.

Florian Wonneberg (38), Berlin, wurde von der 14. Kirchensynode am 22. Mai 2019 in Bad Emstal-Balhorn zum Kirchenrat gewählt.

ANSCHRIFTENÄNDERUNGEN

Die Veränderungen beziehen sich auf das Anschriftenverzeichnis der SELK, Ausgabe 2019

[Kirchenleitung, S. 4 und 5:]

Ausgeschieden sind Propst Johannes Rehr, Kirchenrätin Christa Brammen und Kirchenrätin Doris Michel-Schmidt. Zum Nachfolger für Propst Rehr wurde Pfarrer Dr. Daniel Schmidt gewählt.

Kirchenrätin Dr. Silja Joneleit-Oesch:

Im Uhrig 29, 60433 Frankfurt am Main,
Tel. (0 69) 97 76 66 79, Mobil (01 78) 404 77 91,
E-Mail siljajoneleit-oesch@gmx.de

Kirchenrätin Dörte Pape:

Mozartstraße 20, 72127 Kusterdingen,
Tel. (0 70 71) 93 46 66, Fax (0 70 71) 93 46 46,
E-Mail pape@selk.de

Kirchenrat Florian Wonneberg:

Schmarjestr. 7, 14169 Berlin,
Tel. (01 77) 596 15 46,
E-Mail Wonneberg@selk.de

Fischer, Markus, Pfarrer:

Holzhäuser Str. 39, 04299 Leipzig
➔ Postanschrift: Postfach 50 02 45, 04302 Leipzig

Fischer, Uwe, Pfarrer i.R.

Tel.: (01 75) 211 09 50

Zettler, Michael, Pfarrer i.R.:

Albertus-Magnus-Str. 40, 53177 Bonn,
Tel. (02 28) 92 96 24 02,
E-Mail Zettler@selk.de

KURZNACHRICHTEN

● Seinen **50. Ordinationstag** begeht am 17. August SELK-Pfarrer i.R. **Kurt-Günter Tiedemann** (Tarmstedt). Er war im Dienst der Lutherischen Kirchenmission der SELK in Südafrika und später im Dienst der SELK im Pfarrbezirk Saarbrücken/Walpershofen tätig. Tiedemann ist verheiratet mit Rike, geborene Drewes. Das Ehepaar hat vier Kinder.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Dr. **Jochen Springer** (Uelzen) wurde von der Kirchenleitung der SELK für die Dauer von sechs Jahren zum neuen **Datenschutzbeauftragten** der SELK bestellt. Springer ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für IT-Recht sowie Urheber- und Medienrecht und Notar. Er ist Kirchglied der Christusgemeinde der SELK in Uelzen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● SELK-Pfarrer i.R. **Gert Henkler** (Wiesbaden) wird am 28. August **85 Jahre** alt. Als Gemeindepfarrer war er in den Pfarrbezirken Brunsbrock, Wiesbaden und Frankfurt (Stephanus) tätig. Der Jubilar ist verheiratet mit Margot, geborene Hartmann. Das Ehepaar hat zwei Kinder.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Aus Anlass des **15-jährigen Dienstjubiläums** von **Andrea Parrandier** an der Lutherischen Theologischen **Hochschule Oberursel** der SELK würdigte Prof. Dr. Christoph Barnbrock als Rektor am 19. Juni die Arbeit Parrandiers, die dort unter anderem für Textverarbeitung, Design, Internet und Technik zuständig ist.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● **Günther Schulz** (Kirchlinteln-Luttum) wird am 28. August **90 Jahre** alt. Der emeritierte SELK-Superintendent war Pfarrer in den Pfarrbezirken Stelle (bei Winsen/Luhe), Verden/Aller und Tarmstedt. Schulz ist verheiratet mit Barbara, geborene Kühne, das Ehepaar hat zwei Kinder.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Vom 21. bis zum 24. Juni veranstaltete die Stiftung Kulturwerk Schlesien ihre Jahrestagung in **Breslau/Wroclaw** (Polen). Prof. Dr. **Gilberto da Silva** von der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel der SELK hielt ein Referat über „**Die Alt-lutheraner in Schlesien**“.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Dr. **Johannes Petersen** (Hermannsburg), emeritierter Professor am Institut für Tierzuchtwissenschaft der Uni Bonn und Kirchglied der SELK, wird am 29. August **85 Jahre** alt. Petersen hat sich ehrenamtlich unter anderem als Leiter von Bezirkssynoden und als Präses der Kirchensynode, in der Ethikkommission und im Kuratorium der Lutherischen Theologischen Hochschule Oberursel engagiert. Er ist verheiratet mit Gertraud, geborene Hein, das Ehepaar hat fünf Kinder.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Erneut hatte die Kirchengemeinde Sankt Petri der SELK in **Wuppertal** zu einem **Open-Air-Gottesdienst am Botanischen Garten** eingeladen. Bei strahlendem Wetter feierten am 26. Mai wohl mehr Besucherinnen und Besucher als Gemeindeglieder diesen von Gemeindepfarrer Michael Bracht geleiteten Gottesdienst.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Seinen **50. Ordinationstag** begeht am 3. August SELK-Pfarrer i.R. **Fritz-Adolf Häfner** (Tarmstedt). Häfner war im Dienst der Lutherischen Kirchenmission der SELK in Südafrika und Botswana und später in den Pfarrbezirken Guben und Leipzig der SELK tätig. Häfner ist verheiratet mit Ute, geborene Suwelack. Aus der Ehe sind 5 Kinder hervorgegangen.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Die St. Thomasgemeinde der SELK in **Widdershausen** war am Pfingstmontag Gastgeberin für ein großes **Chorfest der Region**. Über 50 Sängerinnen und Sänger aus verschiedenen Gemeinden hatten unter der Leitung von Thomas Wagler ein Programm erarbeitet. Die Predigt hielt SELK-Ortspfarrer Benjamin Anwand.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● In seinem Buch „Gott to go: Das **Autobahnkirchen-Buch** fürs Handschuhfach“ stellt Ulli Tückmantel 17 Autobahnkirchen vor, darunter auch die Autobahnkirche RUHR, das Gotteshaus der **Epiphaniaskirche** der SELK in **Bochum**.

kurz und bündig aus der SELK+kurz und bündig aus der SELK

● Zu den Fortbildungen, die die SELK ihren **Pfarrern und Pastoralreferentinnen** anbietet, gehören einmal jährlich die **Besinnungstage im Kloster Drübeck**. In diesem Jahr kamen vom 17. bis zum 20. Juni 12 Pfarrer zusammen. Das Programm verbindet Angebote der geistlichen Einkehr mit Einheiten kollegialer Beratung.

Abschiebungen scheitern, nicht konkret benennen. Dass es an einem häufigen ‚Untertauchen‘ von Ausreisepflichtigen am Abschiebetermin liegt, kann nicht bestätigt werden.“

Die Diakonie betrachtet Inhaftierungen zu Zwecken der Abschiebung kritisch, Freiheitsentziehung darf nicht präventiv eingesetzt werden. Daneben sollen Menschen, die ihrer Passbeschaffungspflicht nicht nachkommen, mit Arbeitsverboten und Wohnsitzauflagen belegt werden. „Manchen Menschen ist es unmöglich an ihren Pass zu kommen, sie werden aber dennoch von jeglicher Bleibe-

perspektive ausgeschlossen. Das halten wir für verfehlt“, erklärte Loheide. Das neue Gesetz erschwert auch die Arbeit von NGOs, da Informationen über Abschiebungen zum Dienstgeheimnis erklärt und deren Weitergabe unter Strafe gestellt werden soll. „Diese Organisationen und Einzelpersonen werden aus Angst vor Kriminalisierung ihre wichtige Rolle der Information von Migrantinnen und Migranten nicht mehr uneingeschränkt wahrnehmen können. Dabei verhilft oft erst ihre Arbeit den Betroffenen zu ihrer Rechtsdurchsetzung. Sie muss weiterhin unbeeinflusst wahrgenommen werden können“, forderte Loheide.

2.500 Nachbarschaftsfeste in Deutschland

Gute Nachbarschaft fördert gesellschaftlichen Zusammenhalt

Berlin, 24.5.2019 [ewde/selk]

Am 25. Mai feierten bundesweit Nachbarn miteinander. Mehr als 2.500 Nachbarschaftsfeste fanden in Deutschland statt. Der Tag der Nachbarn ist eine Initiative der Stiftung nebenan.de, die unter anderem von der Diakonie Deutschland unterstützt wird. Warum, erklärte Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland:

„Am Tag der Nachbarn kommen tausende Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft und Konfession zusammen, tauschen sich aus und lernen sich besser kennen. Viele nachbarschaftliche Beziehungen bleiben auch über

den Tag der Nachbarn hinaus erhalten. Oft entstehen Ideen, was Nachbarn gemeinsam in ihrem Viertel anpacken und verändern wollen. Menschen erleben so, dass ihre Meinung zählt und sie ihr Umfeld mitgestalten können. Auf diese Weise fördern gute Nachbarschaft und lebendige Quartiere den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das soziale Miteinander, im städtischen wie im ländlichen Raum. Die Diakonie Deutschland setzt sich mit ihrer Initiative „Kennen.Lernen.“ für Vielfalt und Begegnung ein und unterstützt daher auch den Tag der Nachbarn der Stiftung nebenan.de.“

Weltflüchtlingstag

Bootsflüchtlinge aufnehmen und solidarisch in Europa verteilen

Berlin, 20.6.2019 [ewde/selk]

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni forderte die Diakonie Deutschland, dass nun auch die verbliebenen Bootsflüchtlinge auf der Seawatch 3 in Lampedusa aufgenommen werden. „Viele Städte in Europa bieten sich an, im Mittelmeer gerettete Menschen aufzunehmen, werden daran aber von den europäischen Regierungen gehindert. In Deutschland hat sich dazu eigens ein Netzwerk ‚Städte Sicherer Häfen‘ gegründet, das wir unterstützen. Konkrete Maßnahmen sind dringend notwendig, um dem Leiden im Mittelmeer ein Ende zu setzen“, sagte Diakonie-Präsident Ulrich Lilie.

Er betonte die Verantwortung des Bundes, die Aufnahmebereitschaft in den Kommunen zu unterstützen. Lilie:

„Der Bund ist auch gefordert, auf europäischer Ebene die Debatte über die Verteilung von Schutzsuchenden fortzusetzen. Das Dublin-System ist grundlegend zu reformieren, so dass die Staaten an den Außengrenzen darauf vertrauen können, dass sie nicht allein gelassen werden bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Ein verantwortungsvoller und pragmatischer Ansatz mit den politisch handlungsfähigen europäischen Partnerländern bei der Aufnahme und Klärung der Verteilung der Bootsflüchtlinge könnte eine nachhaltige Lösung des Dublin-Problems sein.“

Der Anfang April veröffentlichte Brief an die Bundeskanzlerin mit drei Forderungen der Zivilgesellschaft zur Seenotrettung wurde mittlerweile von 400 Organisatio-

nen unterzeichnet, darunter auch die Diakonie. In seinem aktuellen Blog zur Seebrücke, einem internationalen Zusammenschluss der Zivilgesellschaft, schreibt Lilie über den moralischen Bankrott Europas und der Bundesregie-

rung in der Reaktion auf die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer: <https://praesident.diakonie.de/2019/06/13/seebruecke-und-rettungskette>

Pflegevollversicherung mit Eigenbeteiligung Diakonie legt Eckpunkte für Reform der Pflegeversicherung vor

Berlin, 24.6.2019 [ewde]

Die Diakonie schlägt die Einführung einer Pflegevollversicherung mit Eigenbeteiligung vor. Sie veröffentlichte am 24. Juni Eckpunkte für eine grundlegende Pflegereform. Im Gegensatz zum bestehenden System sollen alle notwendigen Leistungen der Pflege und der Betreuung durch die Pflegeversicherung abgesichert sein. Die pflegebedürftigen Menschen beteiligen sich an den Kosten mit einer begrenzten und kalkulierbaren Eigenbeteiligung.

„Die Einführung der Pflegeversicherung war 1995 ein wichtiger Schritt und hat pflegebedürftigen Menschen deutlich entlastet“, sagte Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland. „Mittlerweile ist eine Reform überfällig, denn die Lebenswirklichkeit und die Bedarfe haben sich komplett verändert. Die gestiegene Lebenserwartung und demographische Entwicklung, die Mobilität von Familien und die Erwerbstätigkeit von Frau-

en und Männer lassen immer weniger zu, dass die Familie beziehungsweise der Privathaushalt die Hauptlast trägt“, betonte Loheide. „Wir brauchen flexible Unterstützungsangebote, eine bessere Kombination von ambulanten und stationären Leistungen und finanzierbare Lösungen.“

Auch künftig müsse es eine Eigenbeteiligung an den Pflegekosten geben – und selbstverständlich muss zusätzlich für Unterkunft und Verpflegung gezahlt werden. Dabei müsse die finanzielle Belastung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen jedoch begrenzt und kalkulierbar werden, meinte Loheide.

Die Eckpunkte der Diakonie für eine grundlegende Pflegereform finden sich unter <https://www.diakonie.de/diakonie-texte/konzept-fuer-eine-grundlegende-pflegereform>

IMPRESSUM

SELK INFORMATIONEN (SELK.Info), ISSN 1617-7614

Informationsdienst der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

Herausgeber: Kirchenleitung der SELK (Anschrift auf der Titelseite)

Redaktion: Sigrid Groß (Diakonie-Report)

Pfarrer Alberto Kaas (Aus der evangelischen Welt)

Propst Gert Kelter (Nachrichten aus der Ökumene)

Superintendent Bernd Reitmayer (Aus dem Weltluthertum)

Geschäftsführender Kirchenrat Michael Schätzel (Berichte/Meldungen aus der SELK)

Hauptjugendpastor Henning Scharff (Jugendwerks-Informationen)

Endredaktion: Pastoralreferentin Dr. Andrea Grünhagen

Kommentare werden vom jeweiligen Verfasser verantwortet.

Redaktionsschluss ist der 22. des Vormonats.

Konto der SELK: IBAN: DE47 2507 0024 0444 4444 00, BIC: DEUTDEDBHAN (Deutsche Bank Hannover)

Um Überweisung der Bezugsgebühr (19,50 € im Einzelbezug, 15,50 € im Sammelbezug) wird einmal jährlich durch Anschreiben gebeten.